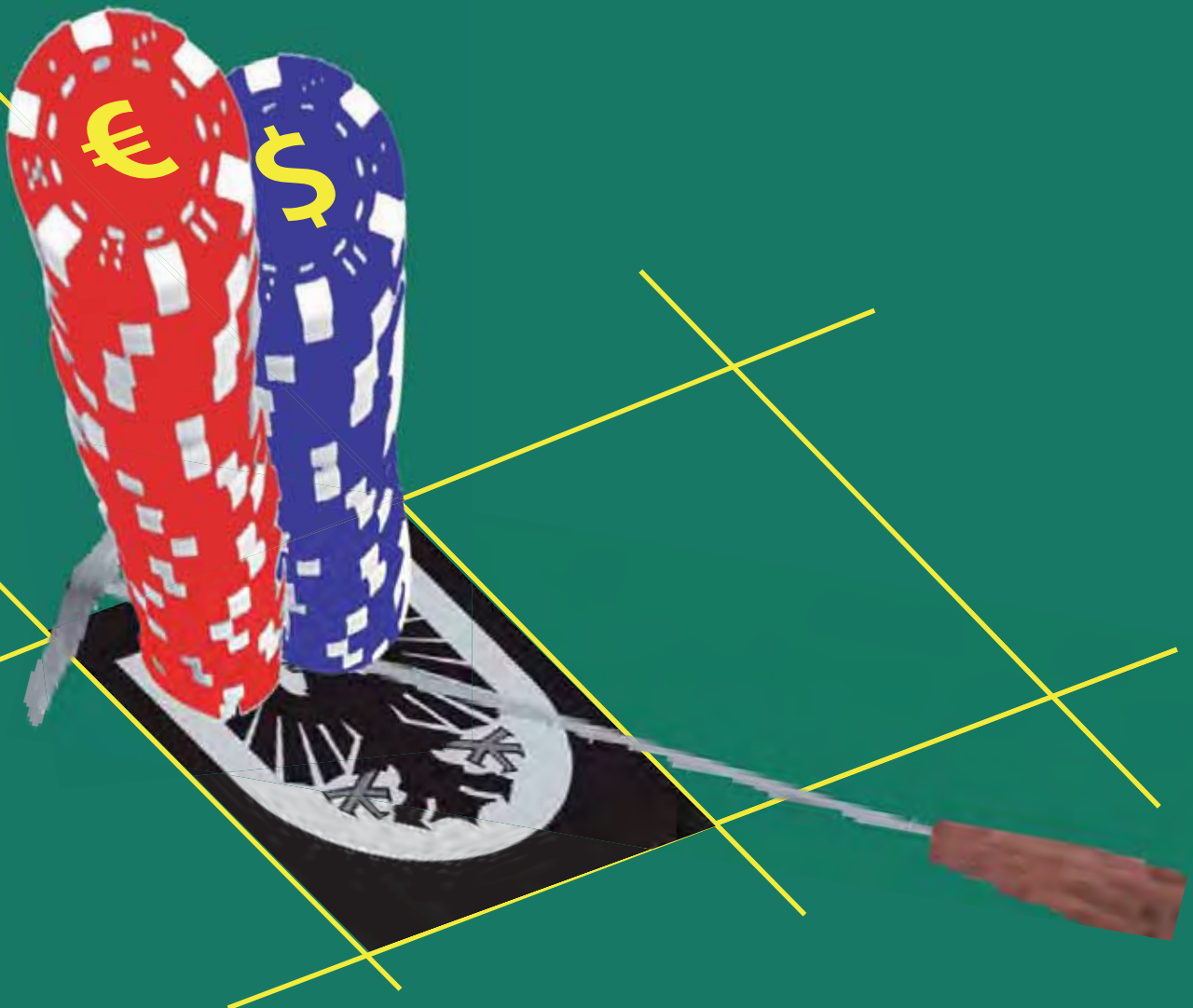


Wolf Stammnitz • Stefan Müller

# Zocker im Rathaus

Wie Kommunalpolitik bei uns  
die Krise verschärft



---

# **Zocker im Rathaus**

**Wie Kommunalpolitik bei uns  
die Krise verschärft**

**Wolf Stammnitz**

**Stefan Müller** (Recherche und Diagramme)

---

Impressum

Herausgeber:

Wolf Stammnitz · Stefan Müller

**Zocker im Rathaus**

Wie Kommunalpolitik bei uns die Krise verschärft

© Wolf Stammnitz, Dezember 2008

Karikaturen: Reinhard Alff

Druck:

druckwerk gmbh · [www.druckwerk.info](http://www.druckwerk.info)

Unterstützt durch:

Fraktion  
**die Linken im Rat**

---

---

## Inhalt

|                                                                                                        |    |
|--------------------------------------------------------------------------------------------------------|----|
| Die „Finanzmarktkrise“ und unser Lebensort als Tatort .....                                            | 6  |
| Die Rolle der Kommunen gestern und heute .....                                                         | 8  |
| Eine entscheidende Grundlage der Kommunalpolitik:<br>Deutschlands Stellung in der Weltwirtschaft ..... | 9  |
| Kopfstand der Kommunalpolitik .....                                                                    | 13 |
| Nicht zuschauen .....                                                                                  | 23 |
| Wer das bezahlen soll? Die Räuber .....                                                                | 29 |

## Abbildungsverzeichnis

|                                                                                                                                               |    |
|-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|----|
| Abb. 1: BIP-Wachstum 1996-2001-2006 (1991 = 100%) .....                                                                                       | 9  |
| Abb. 2: Güterexport 2006 nach Ländern (in Mrd. US \$) .....                                                                                   | 10 |
| Abb. 3: Anlageinvestitionen in Prozent vom BIP .....                                                                                          | 10 |
| Abb. 4: Direktinvestitionen ins Ausland nach Ländern (in Mrd. US \$) .....                                                                    | 11 |
| Abb. 5: Bildungsausgaben in Prozent vom BIP .....                                                                                             | 12 |
| Abb. 6: Volkseinkommen pro Kopf 1991-1996-2001-2006 (in US \$) .....                                                                          | 13 |
| Abb. 7: Reallohnentwicklung 1995-2004 in der EU .....                                                                                         | 14 |
| Abb. 8: Einkommensverteilung (in Prozent) .....                                                                                               | 15 |
| Abb. 9: Entwicklung der Sparquote und der Konsumausgaben (1998 = 100%) .....                                                                  | 16 |
| Abb. 10: Schuldenstand der Gemeinden (ohne Stadtstaaten) (in Mrd. EUR) .....                                                                  | 17 |
| Abb. 11: Kommunale Sachinvestitionen (ohne Stadtstaaten) absolut (in Mrd. EUR)<br>und in Prozent der Investitionen der Gesamtwirtschaft ..... | 18 |
| Abb. 12: Privatisierungserlöse der Kommunen (in Mrd. EUR) .....                                                                               | 20 |
| Abb. 13: Beschäftigte der Kommunen (in Tsd.) .....                                                                                            | 21 |

Quellen: OECD-Factbook 2008  
Statistisches Bundesamt/destatis.de

# Die „Finanzmarktkrise“ und unser Lebensort als Tatort

**K**önnen Sie sich einen Geldhaufen von 110 Billionen Euro vorstellen? Nein? Stellen Sie sich einfach vor, jeder der sechs Milliarden Menschen auf Erden hätte etwa das Jahreseinkommen von uns Dortmundern und Dortmunderinnen zur Verfügung: durchschnittlich 17.000 €. – Unvorstellbar? Warum eigentlich?

Auf 110 Billionen € beläuft sich das Finanzvermögen, mit dem die reiche Oberschicht auf den Finanzmärkten der Welt zockt (Quelle: DGB). Eine klitzekleine Minderheit, viel weniger als 1 Promill der Weltbevölkerung, verzockt täglich mehr, als der schäbige Rest der Menschheit im Jahr zum Leben hat. In den 30 am weitesten entwickelten Ländern der Erde, in der OECD summierten sich im Jahr 2006 sämtliche statistisch erfassten Einkommen auf nicht mehr als 29 Billionen Euro. Die Einkünfte der Superreichen sind darin nicht erfasst.

Einem normalen Menschenhirn erscheint das so irrsinnig, dass man sagen möchte: Lasst sie doch ihre Spielchen machen, mit unserem Leben hat das nichts zu tun. Aber so ist es leider nicht. Diese irrsinnige Spirale der Spekulation steht in einer Wechselwirkung zu unserem realen Leben: Wir füttern sie, und sie macht uns arm.

Ja, ob wir es wahr haben wollen oder nicht: Du und Sie und ich füttern sie. Denn – ohne hier auf Einzelheiten der immer raffinierteren „Finanzprodukte“ einzugehen: Die unvorstellbare Spekulationsblase, die jetzt platzte, wurde auch und wird ständig weiter gefüllt mit Überschüssen, welche die Kapitaleigner aus der Produktion von Waren und Dienstleistungen ziehen und die so riesige Ausmaße erreicht haben, dass ihre Wiederanlage in der Produktion sich für die Kapitaleigner nicht mehr rechnet, weil alle 6 Milliarden Menschen zusammen nicht die Kaufkraft aufbringen, um so viele Waren zu konsumieren. Die Überproduktion von Profit bildet regelmäßig den Ausgangspunkt und

die Grundlage der spekulativen Wetten; und auch wenn das dabei verwettete Kapital sich scheinbar vollständig von der Realwirtschaft löst und „vervielfacht“, so muss es doch über kurz oder lang immer wieder seinen Wert in der Warenproduktion realisieren – oder es geht wertlos unter und reißt dann regelmäßig auch die Realwirtschaft mit in die Pleite. Was wir jetzt erleben und erleiden müssen.

Beim Füllen der Finanzblase mit überschüssigem Kapital spielt auch die Gemeinde, in der wir leben, eine bestimmte Rolle. Als die US-Immobilienkrise sich zu einer der schwersten internationalen Krisen des Finanzkapitals auswuchs, tauchten erste Medienberichte über deutsche Kommunen und deren Tochterunternehmen auf, die –zig Millionen Euros bei Lehman's Brothers und anderen Pleitekandidaten der Wall Street deponiert haben. So auch die „Entsorgung Dortmund GmbH“ (EDG), die 23 Millionen € bei Lehman in den Sand gesetzt hat. Stadtkämmerer und Geschäftsführer beschwichtigten das Publikum, ihre Gelder seien über Einlagensicherungsfonds vor Verlust geschützt. Die allerdings, das verschwiegen die Kommunalpolitiker, würden selbst sofort in Not geraten, sobald die Milliarden-Risiken aus den kommunalen US-Lease-Geschäften platzen (siehe weiter unten). Besorgte Anfragen hierzu in den Stadträten werden noch als unbegründete Panikmache abgetan. Mal sehen wie lange noch. Die Stadt Bochum muss schon einen Cross-Border-Deal umschulden, und das wird teuer.

Eine nüchterne Untersuchung der Krisenursachen müsste ausgehen von nahe liegenden Fragen. Darunter auch diesen: Wie kommt in Zeiten, da die Kommunen finanziell bis auf das Gerippe ausgeblutet sind und immer mehr Bürger am Nötigsten knappen müssen, ein kommunales Entsorgungsunternehmen zu Zig-Millionen-Überschüssen, die es offenbar seinen Gebührenzahlern vorenthält, um sich

damit an windigen globalen Finanzspekulationen zu beteiligen? Jeder Dortmunder, jede Dortmunderin, ob Baby oder Greis, hat unfreiwillig und ungefragt immerhin 40 € allein in dies Spekulantentabenteuer „investiert“ – nur in dies eine, und wieviele stecken noch unter der Decke?! Entsprach das dem Willen der Bürger? Wäre die Dortmunder U-Bahn an internationale Heuschrecken verschachert worden, wenn darüber die Bürger hätten entscheiden dürfen? Oder hat sich da etwas verselbständigt, was die Väter des Grundgesetzes mit „kommunaler Selbstverwaltung“ gewiss nicht gemeint haben konnten? Was treibt die stadtbeherrschende Klasse zu solchen Finanzabenteuern mit kommunalem Vermögen ihrer Bürger? Und muß man umgekehrt den globalen Spekulantensumpf nicht auch von der Seite der staatlichen und kommunalen Finanzen, sowohl von der Einnahmenseite als auch von der Mittelverwendung her austrocknen?

Wenngleich die Haushalte aller bundesdeutschen Gemeinden zusammen nicht mehr als 6,7 Prozent des gesamten Bruttoinlandsprodukts umfassen (2006), macht es also dennoch Sinn, den Beitrag unserer jeweiligen Heimatgemeinde zur Umverteilung des gesellschaftlichen

Reichtums kritisch zu hinterfragen:

- Zum einen ist jede Kommune als Unternehmensstandort auf Gedeih und Verderb mit der Entwicklung der Wirtschaft verflochten und stellt wichtige Erfolgsbedingungen für die Unternehmen sicher. Was wäre VW ohne Wolfsburg, Bayer ohne Leverkusen, der „Finanzplatz Deutschland“ ohne Frankfurt am Main, was wären die wirtschaftlichen Wiederbelebungsversuche in verödeten Industrieregionen ohne den zähen Überlebenswillen der Kommunen?
- Zum anderen bildet die Kommune als Arbeitsstätte und Versorgungsbetrieb für Tausende bis Hunderttausende selbst einen wichtigen Wirtschaftsfaktor.
- Zum dritten ist der kommunale Gebührenhaushalt, wie am Beispiel der EDG ersichtlich, ein nicht unwesentliches Werkzeug, um den Massen der Stadtbewohner Geld aus der Tasche zu ziehen und auf private Gewinnkonten zu leiten.

Es spricht also einiges dafür, auch die bei uns aktuell herrschende Kommunalpolitik in die Untersuchung der Krisenursachen einzubeziehen. Dazu soll uns hier die Stadt Dortmund als Beispiel dienen.



---

## Zur Rolle der Kommunen gestern und heute

In der abendländischen Geschichte haben die Städte von Anfang an eine aktive, treibende Rolle in der Organisation des Wirtschaftslebens übernommen. Das städtische Bürgertum, die sogenannte Bourgeoisie, war der Träger der kapitalistischen Produktionsweise. Mit der Weiterentwicklung der Industrie zu weltmarktorientierten Großunternehmen differenzierte sich die Bourgeoisie, es bildete sich eine schmale Schicht von Großkapitalisten, die sich von ihrer heimatstädtischen Basis mehr und mehr lösten, sie nur noch als Machtstützpunkt nutzen und sie zugleich im „Standortwettbewerb“ eiskalt gegen andere Kommunen in aller Herren Länder ausspielen. Damit verschob sich auch die Funktion der Stadt im kapitalistischen System weg vom eigenständigen Produktionsstandort hin zu Hilfs-, Dienstleistungs- und Zulieferfunktionen für multinationale Konzerne. Die Produktionsbasis der Stadt passt sich dieser lokalen Versorgungs- und Dienstleistungsfunktion mehr und mehr an.

Nach wie vor spielt die Stadt eine zentrale Rolle bei der Bereitstellung zweckmäßig qualifizierter Arbeitskräfte, bei deren sozialer Versorgung und Absicherung sowie bei der öffentlichen Ordnung der kapitalistischen Verhältnisse. Darüber hinaus wetteifern die Städte darin, „Investoren“ möglichst günstige Renditebedingungen zu bieten. Mit Abstand zuerst sind das niedrige Produktionskosten: billige aber angemessen qualifizierte Arbeitskräfte, geringe Grundstücks- und Baukosten, möglichst null Steuern und Abgaben für beste Verkehrsverbindungen und sonstige Infrastruktur. Vergleichsweise nachrangig in Zeiten der Globalisierung ist der unmittelbare städtische Absatzmarkt, die Kaufkraft Dortmunds und der Region fällt eigentlich nur noch für das heimische Handwerk und den Einzelhandel ins Gewicht. Für das Großkapital hat Lohndumping absoluten Vorrang. Das Hauptmittel hierfür bleibt das weiter anwachsende Arbeitslosenheer. Ganz unten am Ende der Standortkriterien rangieren

die Dinge, die das Leben in der Stadt zwar lebenswert machen, aber hohe städtische Finanzmittel binden, die sonst auch der Wirtschaft zur Verfügung ständen: der ganze „soziale Schnickschnack“, auf den sich vor langer Zeit sozialdemokratische Politiker noch etwas zugute hielten...

Jeder Dortmunder Einwohner verfügt (im statistischen Durchschnitt!) über ein Einkommen von knapp 17.000 € im Jahr. Gemessen daran ist der städtische Haushalt mit 2.735 € pro Kopf der Bevölkerung schon allein nicht von Pappe. Hinzu kommen etliche Neben-, Schatten- und Beteiligungshaushalte der Stadt, die im vergangenen Jahr zusammen 6.200 € je Einwohner umsetzten. Zusammen also knappe 9.000 € im Jahr pro Kopf schleust die Stadt direkt oder auf Umwegen über Gehälter und Warenmärkte auf Geschäfts- und Privatkonten von Kapitaleigentümern. Und an jeder Station des Kreislaufs fließen die Geldströme durch die Finger der Banken und anderer „Treuhänder“, die an jeder Station das fremde Geld ein bißchen für sich „arbeiten lassen,“ das heißt, es auf eigene Rechnung verwerten.

Gerade in der Funktion der Stadt als Dienstleistungsagentur des großen Kapitals hat in den letzten zwei Jahrzehnten der Neoliberalismus die Kommunalpolitik regelrecht auf den Kopf gestellt. In der Periode des „rheinischen“ Kapitalismus nach dem 2. Weltkrieg bestand der gesellschaftliche Auftrag der Gemeinden darin, die Infrastrukturen für einen gerecht erscheinenden Anteil der abhängig Beschäftigten am „Wirtschaftswunder“ zu gewährleisten. – Nun verlangt die neoliberale Restauration von der Kommunalpolitik eine aktive Mitwirkung bei der Umverteilung des Sozialprodukts zulasten der Massenversorgung und zugunsten der Weltmarktaktivitäten und Finanzspekulationen der Reichen. Welche besondere Rolle Deutschland dabei spielt, behandelt das nächste Kapitel.

# Eine entscheidende Grundlage der Kommunalpolitik: Deutschlands Stellung in der Weltwirtschaft

Mehr als drei Jahrzehnte lang galten die beiden Bruchstücke Deutschlands in ihren jeweiligen Hemisphären als Wirtschaftswunderländer. Bis in die achtziger Jahre des vorigen Jahrhunderts konnte Westdeutschland sich wieder zu einer der führenden Wirtschaftsmächte hocharbeiten.

Doch seit der Wiedervereinigung 1990 zehren wir von der Substanz früherer Erfolge. Wie wenn

die gesamtdeutsche Restauration des („neo“-) klassischen Kapitalismus alle gesellschaftlichen Kraftquellen ausgesaugt hat. Nach den Maßstäben der OECD<sup>1</sup> zur Bewertung des Stands und der Entwicklung von Volkswirtschaften liegt Deutschland kaum noch irgendwo in der Spitzengruppe, sondern rutscht kontinuierlich ins Mittelmaß ab.

<sup>1</sup> Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, umfasst 30 am weitesten entwickelte Länder

Zwar im Warenexport, gemessen in absoluten Werten, belegt die deutsche Wirtschaft seit einigen Jahren den Spitzenplatz unter allen Ländern. Der Anteil des Außenhandels am deutschen Brutto-Inlandsprodukt (BIP, Maß für die Wirtschaftsleistung eines Landes) wuchs seit 1991 schneller als der Durchschnitt der OECD. Beim BIP selbst lag die BRD 1991 mit einem Wachstum um 5,1% an dritter Stelle in der OECD. Doch zwischen 1991 und 1999 wuchs das deutsche BIP nur noch in Jahresraten unter 2% (OECD: 2,6%), in den Folgejahren bis 2006 sackten sie auf 1,3% ab (OECD: 2,4%, Eurozone: 2,0%). Der gesamte BIP-Zuwachs seit 1990 summierte sich in Deutschland auf 65% gegenüber 103% in der OECD (Eurozone 88%, USA sogar 120%).

Mit den Einwohnerzahlen gewichtet rutschte das deutsche BIP seither in der OECD vom 7. auf den 16. Rang ab.

Während unsere Industrieproduktion nach 1990 noch deutlich schneller wuchs als der OECD-Durchschnitt (+ 26% BRD gegenüber + 18% OECD), fielen die Anlageinvestitionen im Inland vom 12. auf den vorletzten Platz unter allen 30 OECD-Ländern zurück.

Im Bestand der Auslandsinvestitionen hält die deutsche Wirtschaft zwar seit mehr als zwei Jahrzehnten den 3. oder 4. Platz (hinter den USA und den alten Kolonialmächten England und Frankreich), aber bei den jährlichen Investitionen im Ausland fiel Deutschland seit 2002 vom 4. auf den 7. Platz (Abb.1-4)

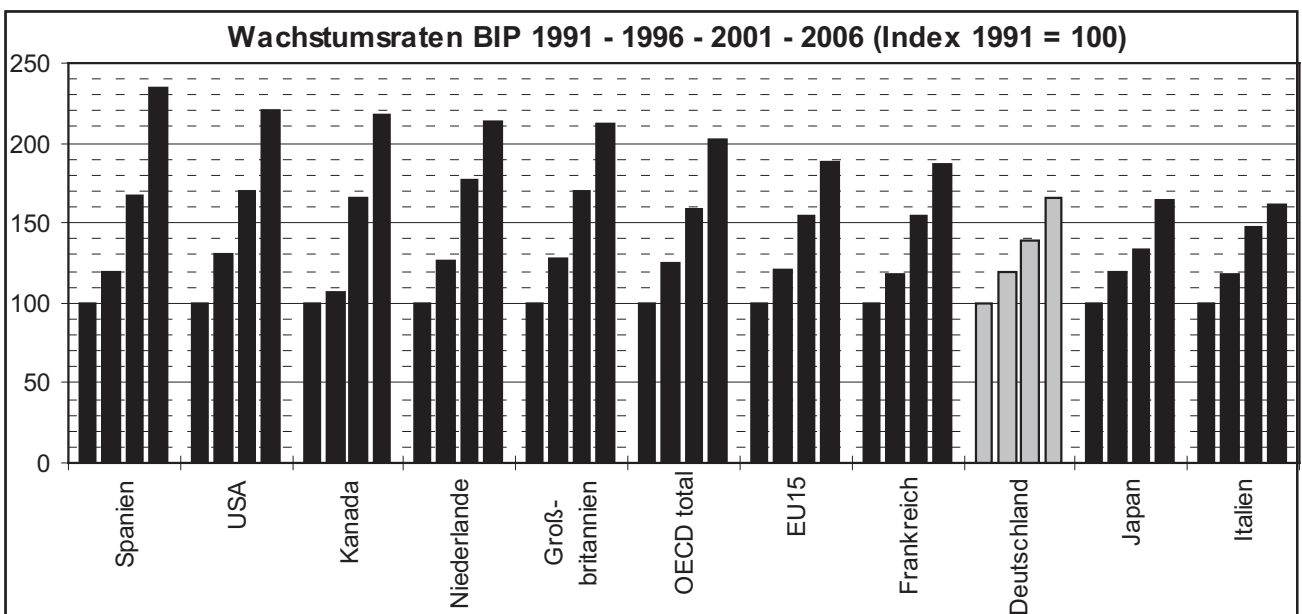


Abb. 1

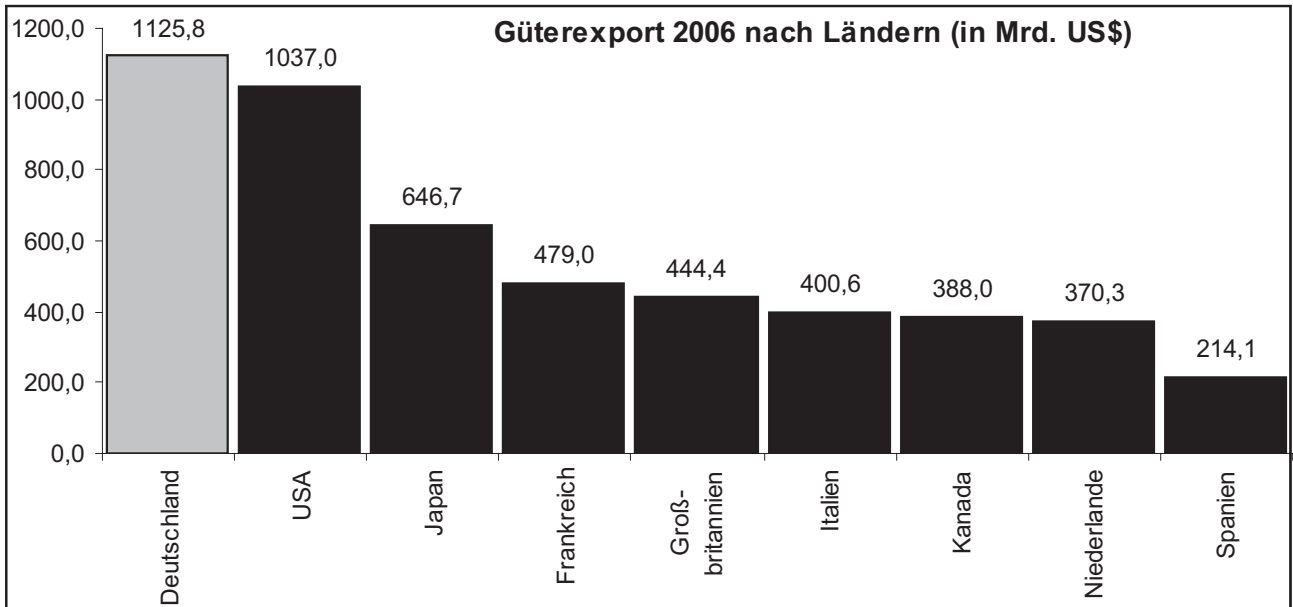


Abb. 2

Um den Einfluß als Großmacht nicht wieder zu verlieren, konzentriert die deutsche Wirtschaft alle Anstrengungen auf die Weltmärkte. Seit 2003 behauptet sie den Spitzenplatz in der Warenausfuhr und in der Zahlungsbilanz mit dem Ausland. Dafür mobilisiert sie alle inländischen

Ressourcen. Die Produktion wird immer exportlastiger, die Binnenkaufkraft wird vernachlässigt, mit ihr die Beschäftigung, aus immer weniger Beschäftigten wird immer mehr Wert herausgeholt, die Ausbeutung der Arbeit hat enorm zugenommen.

Während die Erwerbsquote, das ist der Anteil der Erwerbstätigen an der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (15 bis 64 Jahre), in der OECD von 63,9% auf 66,1% anstieg (in der EU von 62% auf 66%), stagniert sie hierzulande bei 67%, so dass Deutschland vom 13. auf den 17. Platz abstieg, folglich liegt unsere Erwerbstätigkeit nur noch im unteren Mittelfeld der OECD.

Im Anteil der Gesamtausgaben für Bildung und Erziehung am BIP finden wir die BRD abgeschlagen auf Platz 19 (1995 noch Platz 11), und auch bei den sogenannten Investments in Knowledge („Wissensinvestitionen“) schneiden wir weit unterdurchschnittlich ab (BRD 1997 zu 2004: 3,5% zu 3,9% - OECD: 4,2% zu 4,9% - USA 2004: 7,4% - Abb.5)

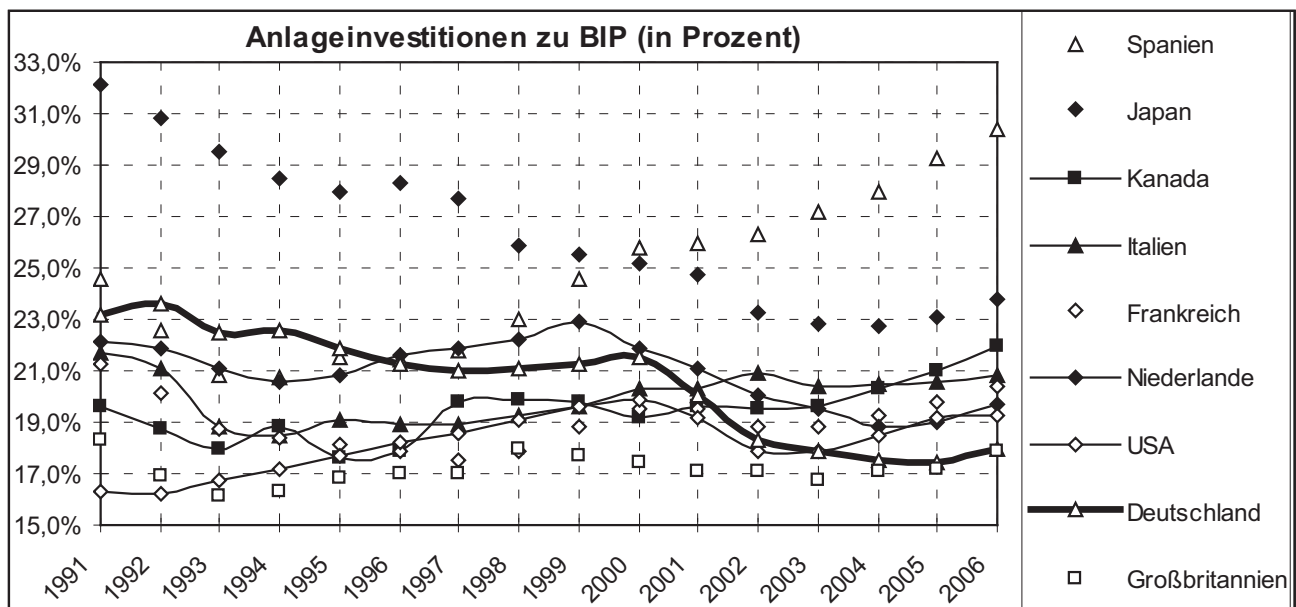


Abb. 3

Geradezu dramatisch und alarmierend hinkt die Entwicklung unserer Binnenkaufkraft hinter den anderen entwickelten Volkswirtschaften her. Seit dem Jahr 2000 liegen die Bruttoarbeitsentgelte bei uns dauerhaft unter dem OECD-Durchschnitt – ja, Deutschland ist das einzige Land sowohl in der EU als auch unter den G7, das sich seit 1991 einen Reallohnrückgang leistet (Abb.6,7). Das untere Viertel der Arbeitnehmer verlor von 1995 bis 2006 fast 14 Prozent an Kaufkraft. Hingegen in der oberen Hälfte der Einkommensverteilung nahmen die Reallöhne leicht, für das obere Zehntel (das auch die Managergehälter umfasst, die Einkünfte der Superreichen werden statistisch nicht erhoben) stark zu.

Gesunkene Reallöhne, reale Rentenkürzungen und Schröders Agenda 2010 haben bewirkt, dass Deutschlands Volkseinkommen<sup>2</sup> im OECD-Vergleich kontinuierlich vom 7. Platz (1991) auf den 16. Platz (2006) zurück fiel. Bei den Einkommenszuwächsen stehen wir inzwischen sogar an vorletzter Stelle.

Die Einkommensverteilung gibt einen ersten groben Hinweis darauf, wie die Unternehmer und Vermögenden die lebendige Arbeit immer mehr

<sup>2</sup> Als Volkseinkommen bezeichnen die Statistiker das, was vom BIP nach Abzug der Abschreibungen, des Einkommenssalos mit dem Ausland und der Produktionsabgaben an den Staat (saldiert mit Subventionen) übrig bleibt und zur Verteilung an die privaten Haushalte gelangt.

ausbeuten. Die Reallöhne sanken, obwohl die Arbeit in gleicher Zeit immer mehr Werte schafft (Steigerung der Arbeitsproduktivität seit 1991 um +32,4% je Arbeitsstunde). Das heißt, die abhängig Arbeitenden haben nicht nur vom Produktivitätsfortschritt nichts abgekliegt, sondern noch Lohnsenkungen hinnehmen müssen. Infolgedessen schrumpfte der Anteil der Einkommen „aus unselbständiger Arbeit“ am Volkseinkommen in den letzten 15 Jahren von 73% auf 65%. Zum anderen stiegen umgekehrt die Einkommen „aus Unternehmertätigkeit und Vermögen“ von 27 auf 35% (Abb.8)

Ein weiteres Anzeichen für die immer ungerechtere Einkommensverteilung und die zunehmende Bereicherung des oberen Zehntels auf Kosten der unteren Hälfte der Bevölkerung können wir in der Schere zwischen den Verbrauchsausgaben und der Spartätigkeit sehen. Sparen kann ja nur, wer nicht das gesamte verfügbare Einkommen für Konsum ausgeben muss, sondern am Monatsende noch etwas übrig behält. Die Ersparnisse der privaten Haushalte erhöhten sich seit dem Jahr 2000 um +35,6 %, die Verbrauchsausgaben hingegen nahmen nur um +13,5 % zu (Abb.9) Was stellen die Sparer mit ihren Überschüssen an? Wer in den vergangenen zehn, fünfzehn Jahren auf Nummer Sicher ging und sein Geld aufs Sparbuch brachte, wurde fast so mitleidig belächelt wie Omas Sparstrumpf. Wer etwas auf

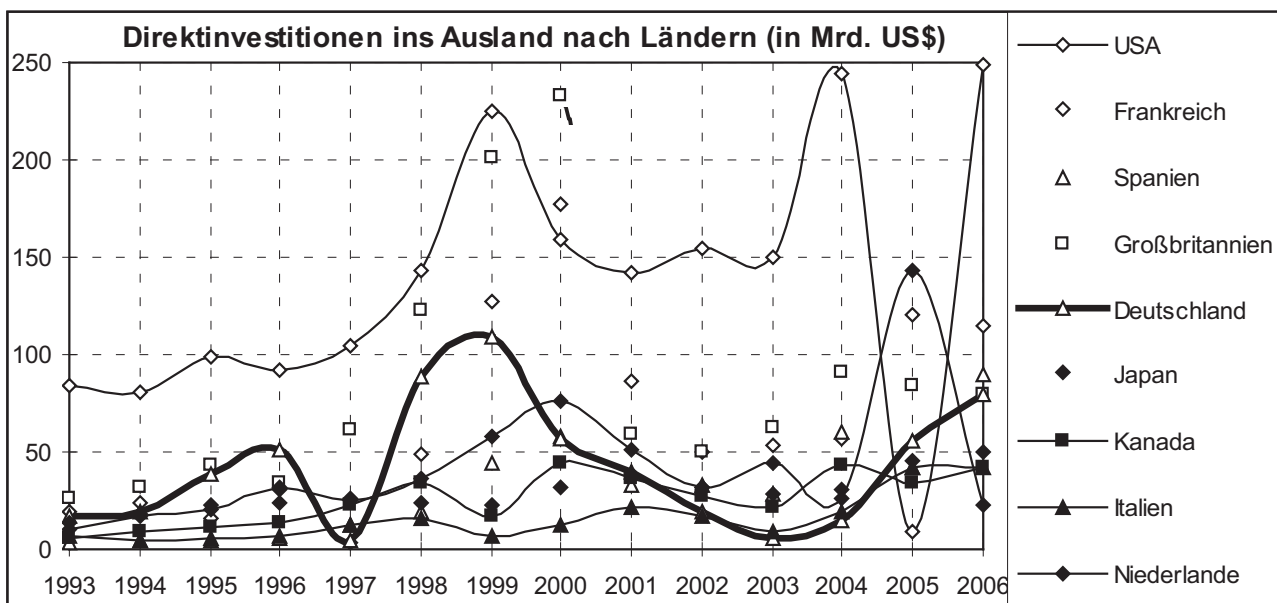


Abb. 4

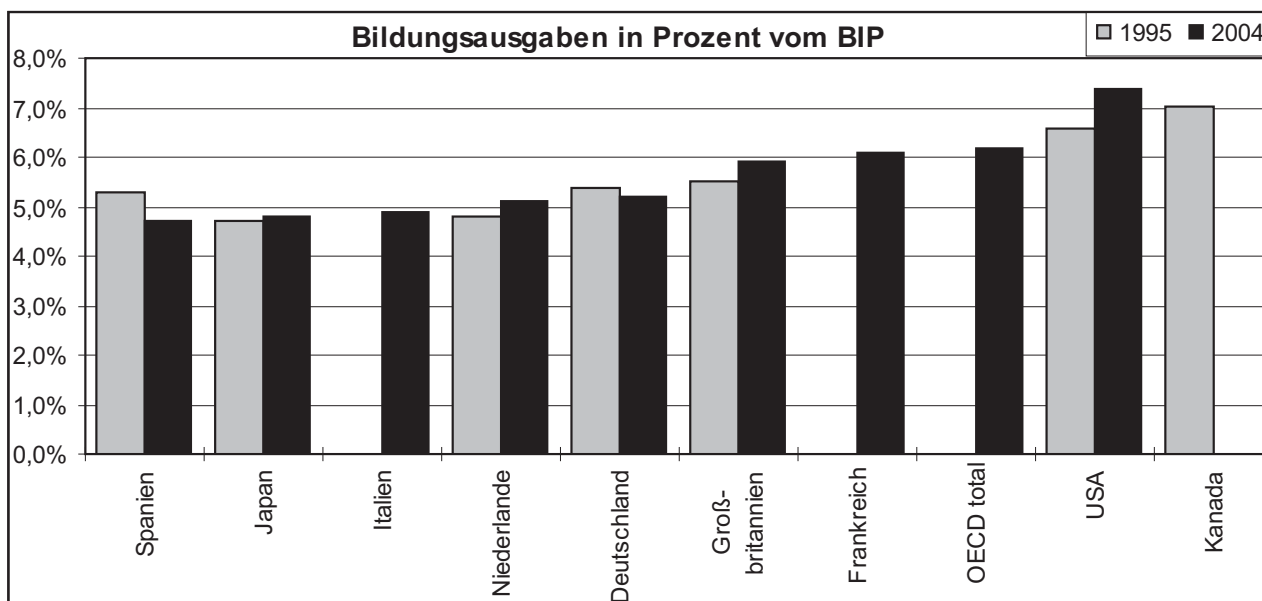


Abb. 5

sich hielt, machte in Aktien, Investmentfonds waren das mindeste bis weit in die Mittelschicht hinunter, Zahnärzte und Lehrerinnen kriegten ein abenteuerlustiges Funkeln in die Augen, wenn der Bankberater ihnen die Renditekurven von

Hedgefonds zeigte. Alle die kleinen Ersparnisse, auch die vom Sparbuch, landeten letztlich jedoch bei den internationalen Glücksrittern, den Großbanken, und blähen dort die globale Finanzblase auf, die irgendwann platzen musste.



# Kopfstand der Kommunalpolitik

In diesem Szenario der allgemeinen Umverteilung gesellschaftlichen Reichtums von unten nach oben wollen wir nun die Rolle der Städte am Dortmunder Beispiel etwas genauer untersuchen. Das folgende Instrumentarium ist charakteristisch für die hier wie andernorts vorherrschende neoliberale Linie der Stadtpolitik:

## 1. Direkte Übertragung öffentlicher Vermögenswerte an Privatunternehmen

1.1 Die klassische Form der Privatisierung kommunalen Vermögens ist die Kreditaufnahme bei Privatbanken. Die Staatsschuld stand Pate an der Wiege des Kreditwesens, und bis heute sind die Schuldverschreibungen der Kommunen eine der einträglichsten Gewinnquellen der Großbanken geblieben. Die allmählich gewachsene Verschuldung treibt die Kommunen immer tiefer in Abhängigkeit von den Gläubigern. Die Verschuldung am Kapitalmarkt hat zum Teil existenzgefährdende Ausmaße angenommen. Die meisten Kommunen – so Dortmund – haben bereits die Grenze überschritten, ab der sie ihre Schuldzinsen nur noch über neue Schulden abdecken können. Ein Teufelskreis, in dem

für die Finanzierung von Investitionen immer weniger übrig bleibt.

Neben Investitionskrediten müssen sie zunehmend kurzfristige Liquiditätskredite aufnehmen. In Dortmund stiegen diese „Kassenkredite“ in den letzten acht Jahren von null auf 66 Prozent der langfristigen Investitionskredite. Bis Ende 2009 soll die gesamte Schuldenlast auf 1,75 Mrd. € anschwellen, das ist mehr als ein kompletter Jahreshaushalt der Stadt. Da die Kassenkredite kurzfristig aufgenommen und wieder getilgt bzw. umgeschuldet werden, bewegt die Stadt Dortmund damit aufs Jahr gerechnet ein riesiges Finanzvolumen von 15 Mrd. € an den Finanzmärkten.

1.2 Mit der Verschuldung hängt eine weitere Privatisierungsvariante eng zusammen: Der direkte Verkauf kommunalen Vermögens. Seit den 1980er Jahren und besonders nach 1991 beschleunigte sich der Ausverkauf öffentlicher Einrichtungen. Der ökonomische Druck hierzu geht von einem riesigen Überschuß an Kapital aus, Billionen überschüssiger Dollars und Euros (siehe Kapitel 1) auf der Suche nach Verwertungsmöglichkeiten. Dortmund hat auf diesem Weg 47 % der

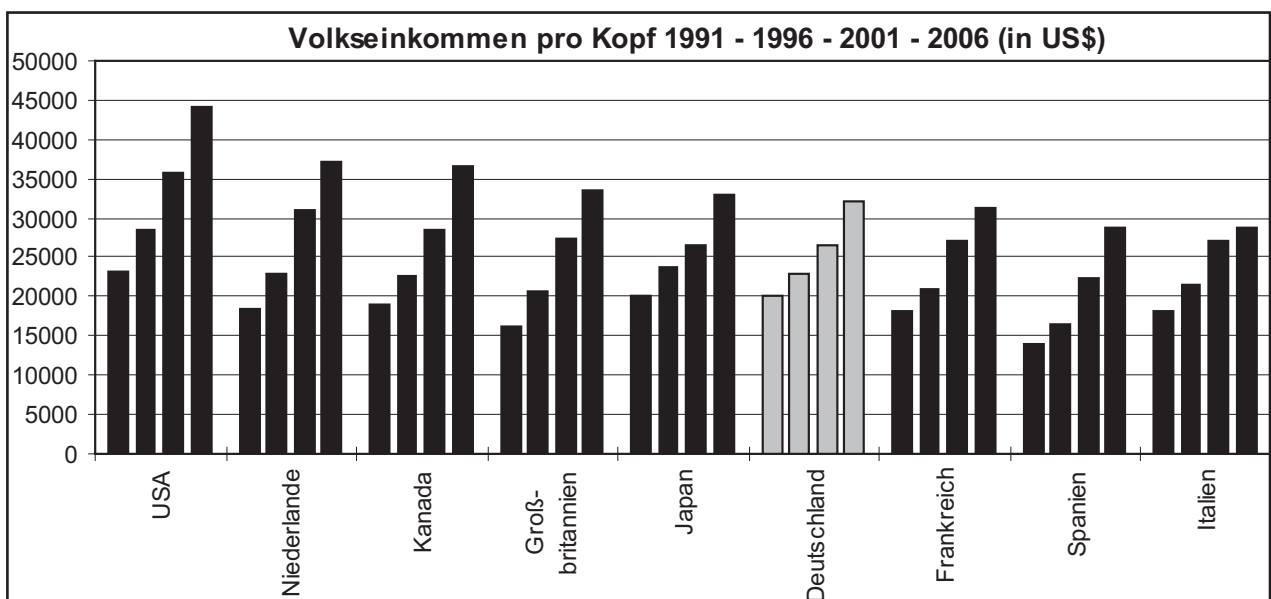


Abb. 6

kommunalen Energie- und Wasserversorgung an den Großkonzern RWE verkauft.

1.3 Der erste Schritt ist gewöhnlich die rechtliche Ausgründung und betriebswirtschaftliche Abkoppelung städtischer Betriebe. Die Umwandlung der Städtischen Kliniken Dortmund von einem städtischen Eigenbetrieb in eine gGmbH im Jahr 2001 begründete der OB ausdrücklich damit, eine privatrechtliche Gesellschaft dürfe mehr Schulden machen als die Kommune selbst, und mit der leichteren Beteiligung privater Investoren.

1.4 Der nächste auf die Verselbständigung folgende Schritt ist die Beteiligung privaten Kapitals am ausgegliederten Unternehmen. Aber auch die direkte Beteiligung privater Investoren am städtischen Betriebsvermögen greift um sich. In Dortmund haben private Investoren die Stadt- und Landesbibliothek und drei Schulgebäude neu errichtet, fünf instand gesetzt und vermieten sie jetzt an die Stadt; über zwei Feuerwachen wird derzeit verhandelt. Mit solchen „public-private-partnership“-Modellen profitieren die Investoren nicht nur am Bau, sondern dreißig Jahre lang an der Finanzierung (meist über eigens gegründete Investmentfonds) und am Betrieb der Einrichtungen. Über die ganze Laufzeit summieren sich die Kosten der ppp-Verträge bis auf das Doppelte der Selbstkosten bei städtischer Eigenleistung. Die Bertelsmann-Stiftung sicherte sich auf diese Weise nicht nur eine Monopolstellung im „Bildungsmarkt“, sondern auch inhaltli-

chen Einfluß auf die deutsche Bildungspolitik. In Dortmund nahm die Stiftung maßgeblichen Einfluß auf das Modell „Selbständige Schule“ und öffentlich-private Schulpartnerschaften, mit denen die öffentlichen Schulen an privatwirtschaftlichen Maßstäben und Interessen ausgerichtet werden sollen.

Bertelsmann-Tochter Arvato bietet inzwischen zentrale und personalintensive Verwaltungstätigkeiten der Gemeinden wie das komplette Einwohnermeldewesen als private Dienstleistung zu (Lohn-) Dumpingpreisen an.

1.5 Die bislang abenteuerlichste Privatisierungsmasche ist das globale „Sale-and-lease-back“ städtischer Sachanlagen (Cross Border Leasing, CBL). Die Verantwortlichen beteuern zwar, bei diesen Kungeleien verblieben die Anlagen in städtischem Eigentum, aber in US-Tresoren liegen ihre Unterschriften als Pfand für den Konfliktfall, in dem die privaten Investoren ihre Eigentumsrechte de facto geltend machen. Dieser Fall könnte in der gegenwärtigen Finanzmarktkrise schnell eintreten.

In Dortmund wurden drei US-Lease-Geschäfte abgeschlossen: Erst die U-Bahnzüge, dann die Westfalenhallen, schließlich wurden die U-Bahn-Anlagen vertickt. Die Verträge sind, wie bei solchen Deals am Rand der Legalität üblich, streng geheim und nicht einmal den Stadträten bekannt, es existieren auch keine deutschen Übersetzungen, Gerichtsstand ist New York.

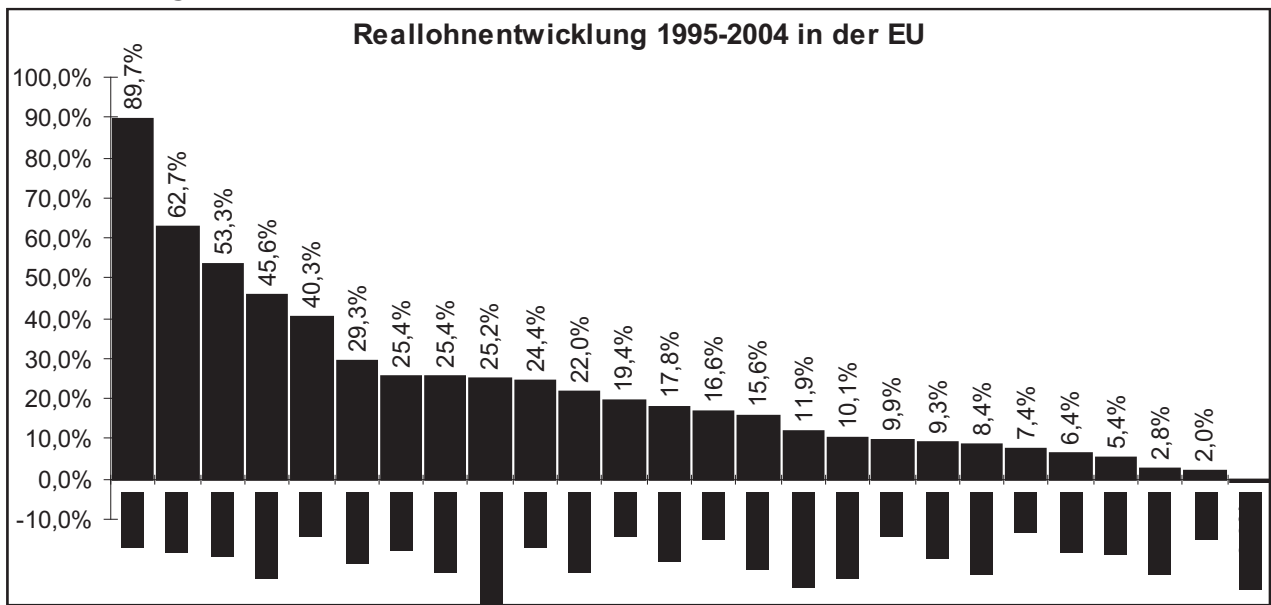


Abb. 7

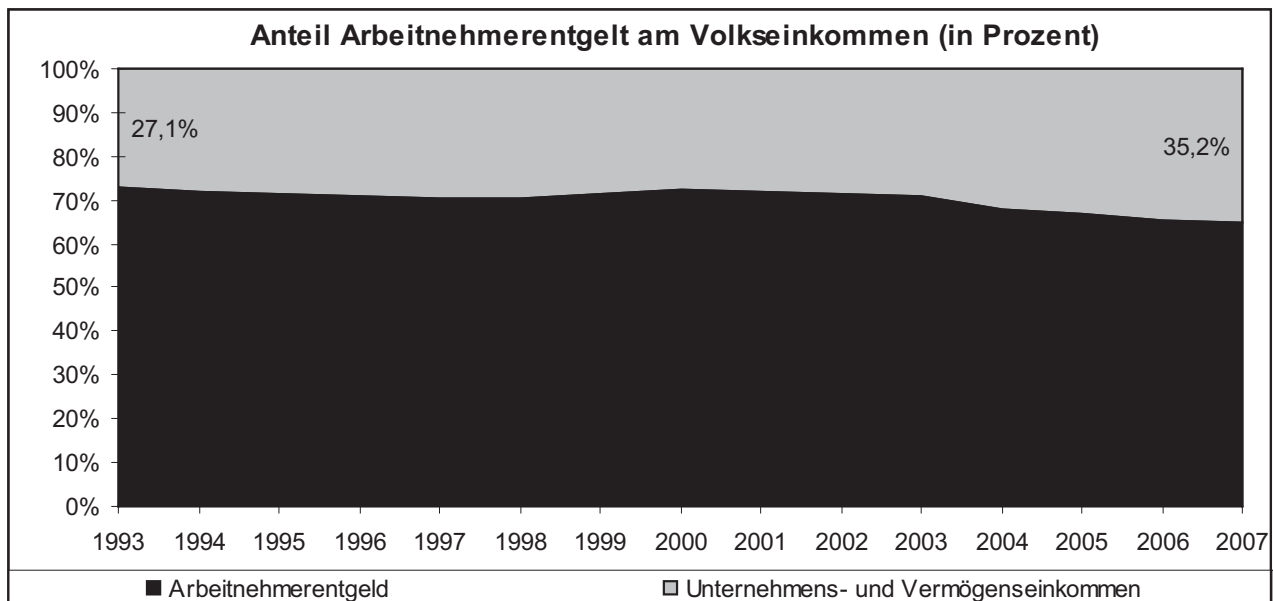


Abb. 8

## 2. Hilfen bei Ansiedlung, Erweiterung und Globalisierung privater Unternehmen

2.1 Anlocken hochqualifizierter Arbeitskräfte mit billigem Bauland. Jahrelang lieferten sich die beiden größten Ruhrgebietsstädte, Essen und Dortmund, einen verbissenen Kleinkrieg der Statistiker um den 6. Platz unter den deutschen Großstädten. Inzwischen scheint der Wettstreit für Dortmund entschieden, weil Essens Einwohnerzahl noch schneller schrumpft als die Dortmunds. Hinter dem skurrilen Wettlauf steht nicht nur der lächerliche Größenwahn von Kirchturmpolitikern, sondern das Gemeindefinanzsystem der Bundesrepublik zwingt die Kämmerer – bei insgesamt schrumpfender Bevölkerung! – sich gegenseitig Einwohner abzujagen. Denn nach den Einwohnerzahlen bemisst das Land seine Schlüsselzuweisungen zur Finanzierung kommunaler Pflichtaufgaben. Dramatischer als der Hahnenkampf zwischen Dortmund und Essen wirkte sich die Abwanderung aus den Großstädten in die umgebenden „Speckgürtel“ aus. Dortmund hat große Energie darauf verwandt, diesen Trend zu stoppen und neuerdings umzukehren. Doch nicht nur die schiere Größe zählt, sondern doppelt zählt die kaufkräftige Nachfrage der Zu- oder Wegzügler. Willkommen sind den Kämmerern und Oberbürgermeistern

keine Geringqualifizierten oder gar sozialen Problemfälle, sondern hochqualifizierte junge Ehrgeizlinge. Um solche anzulocken, hat die Stadt Dortmund eigens ein Förderprogramm für Wohnbauland zum Schnäppchenpreis aufgelegt. Diesem absurden Sachzwang passte sich auch die Wohnbauförderung an. Während der Mietwohnungsbau und zumal der öffentlich geförderte stark zurück ging (in 2007 wurden nur noch für 77 öffentlich geförderte Mietwohnungen Baugenehmigungen erteilt), stehen für den Eigenheimbau mehr Fördermittel bereit, als nachgefragt werden. Das Baulandangebot der Stadt ist gekoppelt mit günstigen Hypothekendarlehen.

„5.000er-Programm“ nennt es die Dortmund-Stadtspitze: 5.000 Eigenheime wollte man in fünf Jahren aus dem Boden stampfen. Damit erreichte man zwar noch nicht annähernd die Dimensionen des US-amerikanischen Hypothekengeschäftes, aber die Fördermethodik stößt schon die Tür auf zur Immobilienspekulation in großem Stil. Sogar entsprechende Zweckgesellschaften existieren bereits auch hier. Was für Banken und Sparkassen die Immobilienfonds, ist bei der Stadt ein „Sondervermögen“.

2.2 Förderung von Gewerbeansiedlungen und Existenzgründern. Knochenharte Konkurrenz liefern sich neoliberale Stadtoberhäupter,

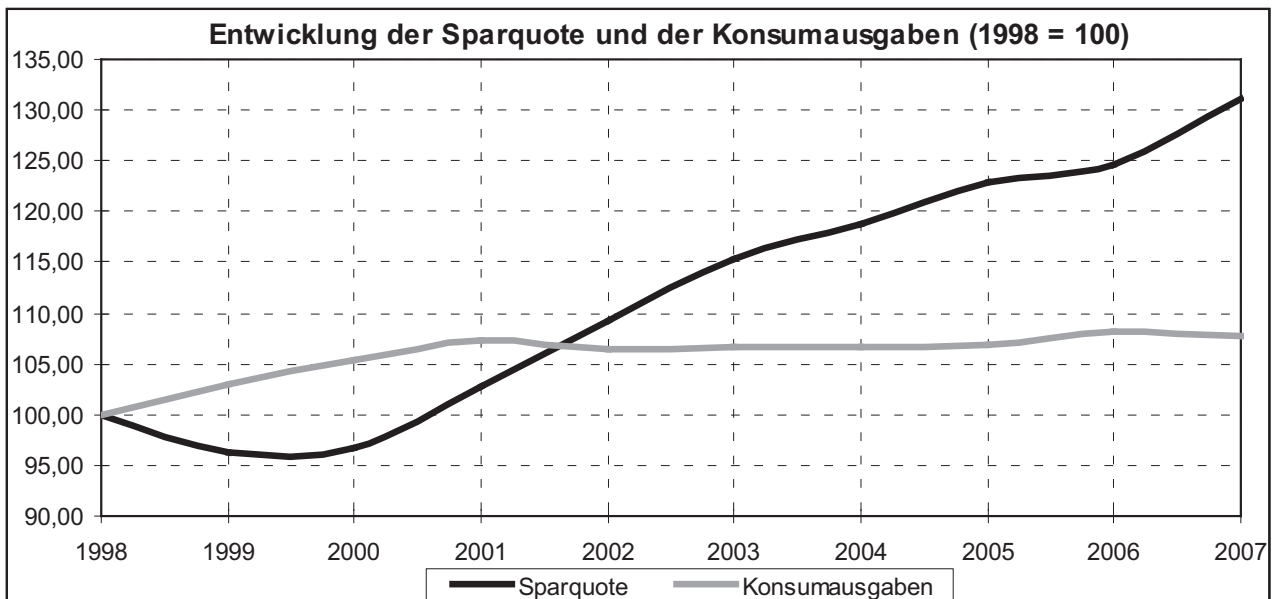


Abb. 9

gleich welcher Parteizugehörigkeit, um Gewerbeansiedlungen. Gewerbegebiete, Technologieparks, „Inkubatorzentren“ für Existenzgründer, Übernahme und Entgiftung kontaminierter Industriebrachen auf Stadtkosten, jahrelanger Erlass der Gewerbesteuern und Abgaben usw. – alle diese Instrumente der Wirtschaftsförderung kommen in Dortmund exzessiv zum Einsatz und leiten Zig-Millionen Euro jährlich aus dem Stadthaushalt auf private Firmenkonten um.

2.3 Förderung von Weltmarktaktivitäten der Unternehmen. Seit dem Jahr 2.000 unternahmen Dortmunds Wirtschaftsförderer enorme Anstrengungen, mit einem auf zehn Jahre angelegten „Dortmund-project“ ausländisches Kapital in die Stadt zu locken. Nachdem diese Strategie sich als Flop erwies, drehte man den Spieß um und hilft nun verstärkt dem heimischen Mittelstand, sich zu „globalisieren“. Auch wenn der Abfluss städtischer Fördermittel hierfür noch relativ gering ist, geht es auch dabei um die Privatisierung kommunaler Ressourcen.

2.4 Auftragsvergabe statt kommunaler Eigenleistung. Unter diesem Stichwort fassen wir sowohl die Auslagerung ehemals öffentlicher Leistungen auf Privatunternehmen (Outsourcing) als auch die Investitionstätigkeit der Stadt zusammen. Zwar wurden die kommunalen Investitionsmittel seit den 90er Jahren drastisch zusammengestrichen, aber noch

immer tätigen die Kommunen 56 % aller Investitionen der öffentlichen Hand (und ca. 4,5 % der gesamtwirtschaftlichen Investitionen überhaupt).

Die Neoliberalen in der Landesregierung NRW und in Brüssel schränken die wirtschaftlichen Eigenleistungen der Gemeinden immer weiter ein. Damit forcieren sie ganz bewusst und auf breiter Front die Privatisierung öffentlicher Mittel. NRW-Rüttgers stellte sein ganzes Regierungsprogramm unter die Maxime „Privat vor Staat“. Das stand auch über seiner Reform der Gemeindeordnung im Herbst 2007. Sie erlaubt den Kommunen eigene wirtschaftliche Betätigung nur noch, wenn „ein dringender öffentlicher Zweck die Betätigung erfordert,“ und „der dringende öffentliche Zweck durch andere Unternehmen nicht ebenso gut und wirtschaftlich erfüllt werden kann.“ (Mit Mühe und Not gelang den Gemeindeverbänden, wenigstens bestehende Kommunalbetriebe vor der beabsichtigten Zerschlagung zu schützen.)

Im Dortmunder Stadthaushalt waren die investiven Ausgaben von 2000 bis 2006 um –30 % zurückgefahren worden (von 150 Mio € auf 105 Mio €), seit 2007 legten sie aufgrund des Konjunkturaufschwungs vorübergehend zu (2007: 147 Mio € - 2008 geplant: 164 Mio €), 2009 werden sie krisenbedingt wieder fallen.

### 3. Aufspreizen der Einkommensschere: Absenken der Arbeitskosten und der Sozialtransfers

Es gibt keinen gesellschaftlichen Reichtum (im wirtschaftlichen Sinn), der nicht durch Arbeit erschaffen wurde. Was privaten Reichtum mehren soll, muss der arbeitenden Mehrheit von vorn herein entzogen sein oder im nachhinein abgenommen werden. Je geringer die Arbeitslöhne, umso mehr bleibt für die Kapitalseite. Auch dabei wirken Stadtverwaltungen mit. Und zwar bei der Absenkung sowohl des allgemeinen Lohnniveaus als auch der sogenannten Lohnnebenkosten.<sup>3</sup>

3.1 Förderung von Niedriglohnbranchen. In Dortmund sind heute 12.300 Erwerbstätige amtlich registriert, deren Arbeitseinkommen niedriger liegt als die gesetzliche Grundversicherung, die folglich ergänzendes ALG 2 erhalten. Die Dunkelziffer ist in diesem Bereich extrem hoch, der DGB schätzt sie in Dortmund auf mehr als 100 Prozent. Die Zahl der Niedriglöhner hat in den letzten fünf Jahren schnell zugenommen, unter anderem auch deswegen, weil ganze Wirtschaftszwei-

<sup>3</sup> Das sind Lohnbestandteile, die nicht direkt der einzelne Unternehmer an seine Beschäftigten auszahlt, sondern der Staat, die Sozialversicherungen und eben auch die Gemeinden an Nicht-Erwerbstätige transferieren.

ge Löhne unterhalb des Existenzminimums bieten.

Es ist kein Zufall, dass Dortmunds Wirtschaftsförderer viel dafür tun, gerade solche Niedriglohnbranchen auszubauen. Denn dies sind gegenwärtig und auf absehbare Zeit die einzigen, die überhaupt noch Beschäftigungszuwächse versprechen. Zu diesen Branchen gehören unter anderen: Logistik, Callcenters, Gesundheitsdienstleistungen. Genau diese zählt die Wirtschaftsförderung Dortmund zu ihren bevorzugten Wachstums-„Clustern“.

Wir behaupten nicht, dass alle neuen Arbeitsplätze dieser Branchen im Niedriglohnbereich entstehen, wohl aber, dass hier der Anteil der Niedriglöhne über dem Durchschnitt liegt. Das ist Wirtschaftsförderung nach der Maxime: „Sozial ist was Arbeit schafft“ – und sei es unter dem Existenzminimum.

3.2 Besonders treulos verhält sich die Stadt gegenüber einem wachsenden Teil ihres eigenen Personals, wenn sie aus der Verwaltung oder städtisch beherrschten Betrieben private Tochterunternehmen ausgründet eigens zu dem Zweck, die Tarifentgelte des öffentlichen Dienstes zu unterlaufen. In Dortmund sind davon schon mehrere hundert Beschäftigte in einem halben Dutzend Unternehmen betroffen, in denen zum Teil überhaupt keine Tarifbindung mehr gilt.

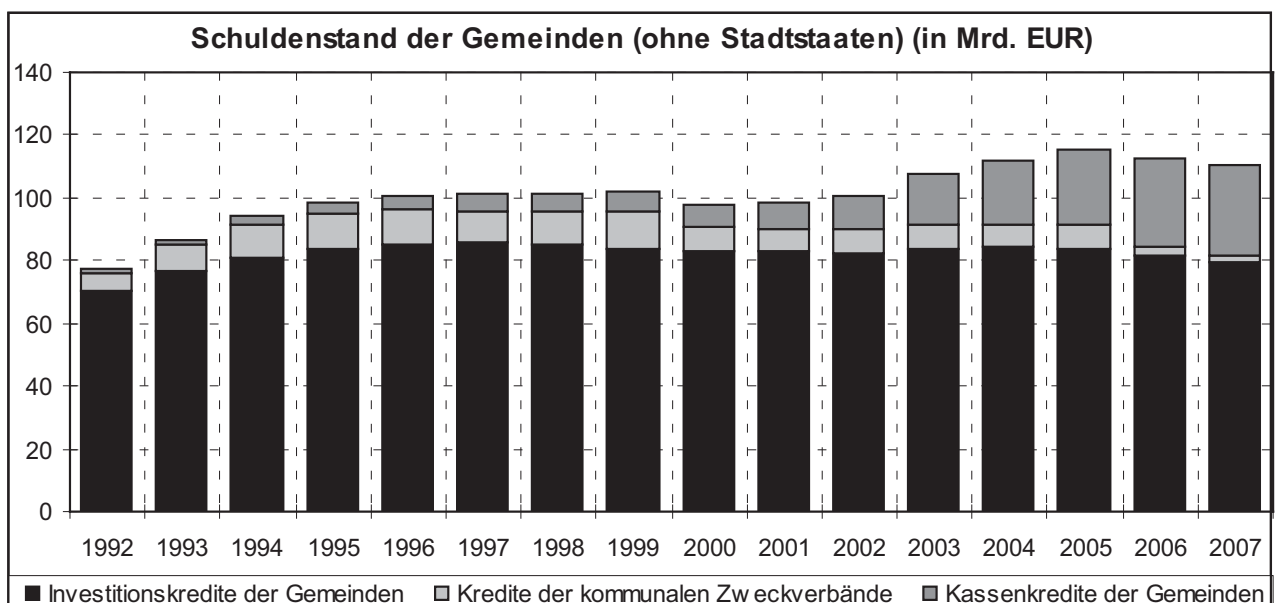


Abb. 10

3.3 Auch die Lohnnebenkosten hilft die Stadtverwaltung zu senken. Wer von Hartz IV betroffen ist, erfährt es bei jedem Termin in der ARGE (= Arbeitsgemeinschaft der Stadt mit der Arbeitsverwaltung). Es mag sogar stimmen, dass Dortmund nicht zu den schlimmsten Beispielen zählt, aber wesentlich unterscheidet sich die entwürdigende, schikanöse Behandlung Hilfebedürftiger hier nicht von anderen Städten. Es mag auch sein, dass die Hauptschuld daran der Gesetzgeber in Berlin trägt – alle Parteien außer der PDS stimmten Schröders Agenda zu – aber de facto haben die Kommunalverantwortlichen sich zur Exekution der unmenschlichen Hartzgesetze und Verordnungen verfügbar gemacht. Die Dortmunder Ratsparteien loben Hartz IV heute noch – alle außer den Linken im Rat. Schon relativ wenige 1-€-Jobs in Dortmund genügen, um auch hier das übergeordnete, für die Reichtumsverteilung in der Gesellschaft entscheidende Ziel von Hartz, Schröder u.Co. zu erreichen: Dass allen Beschäftigten ständig das Zwangsregime vor Augen steht, das jede-n entrechtet, der oder die aus dem 1. Arbeitsmarkt herausfällt. Nur so konnten und können unzumutbare Arbeitsverhältnisse und Löhne unter dem Existenzminimum durchgesetzt werden. Und daran wirken die Kommunalverantwortlichen mit.

1-€-Jobs bewilligt die ARGE Dortmund noch relativ zurückhaltend. Im Jahr 2007 gab es hier 2.632 solcher „Arbeitsgelegenheiten“ (AGH), bezogen auf die Arbeitslosenzahl (nach SGB II) waren das 8,2 %, bezogen auf die sozialversichert Beschäftigten 1,4 %. In anderen Großstädten von NRW liegen diese Relationen deutlich höher (außer Oberhausen; Spitzenreiter ist Essen: 14,7 % der SGB II-Arbeitslosen, 2,0 % der SVB). Begründet wird die Zurückhaltung in Dortmund ausdrücklich damit, „dass sich durch AGHs kaum unterstützende Wirkungen für Integrationen in den ersten Arbeitsmarkt ergeben.“ (Wirtschaftsförderung Dortmund)

#### 4. Umverteilung öffentlicher Mittel: Einsparungen im Kommunalhaushalt

„Privat vor Staat“ meint auch: Je geringer der Anteil unserer Wirtschaftsleistung, über den der Staat verfügt, umso mehr kann am Markt verteilt werden. Das ist die neoliberale Auslegung der alten Volksweisheit: Der Starke braucht keinen Staat, es sind die Schwachen die ihn brauchen. Folgerichtig liegt es im unmittelbaren Interesse der Starken, Reichen, die Staatseinnahmen und –ausgaben möglichst zu „verschlanken“. Ein Sparregime in den Kommunen dient auch der Bereicherung der (ohnehin) Reichen.

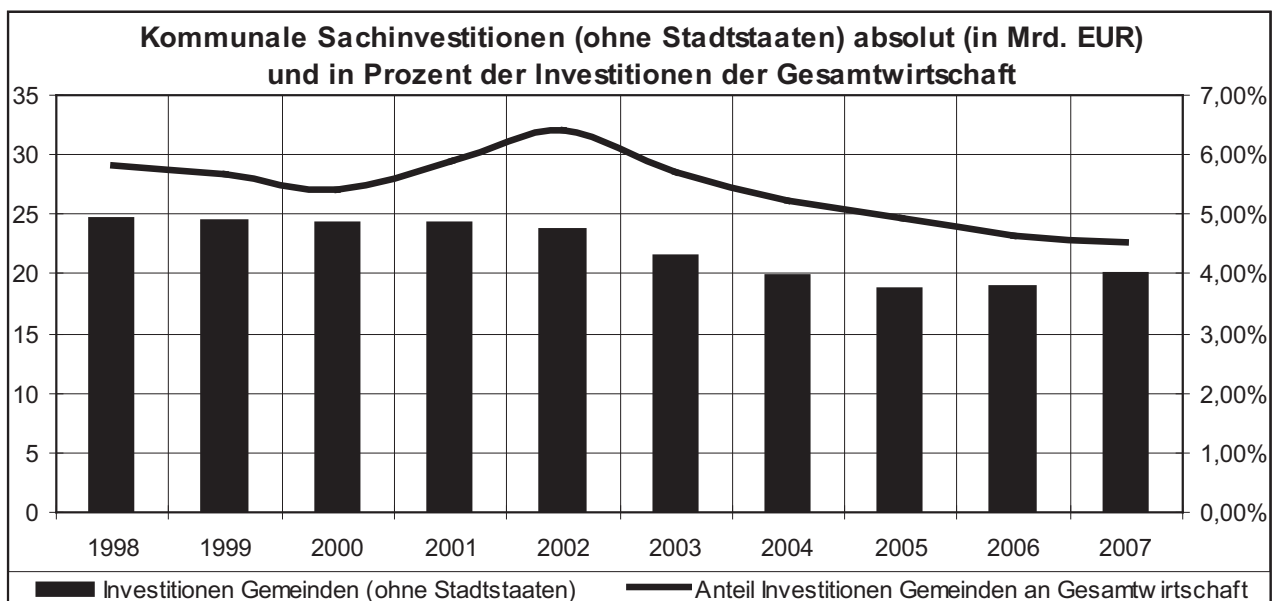


Abb. 11

4.1 „Anpassung“ der kommunalen Infrastruktur zur Absenkung sozialer Kosten und Standards. Kurz nach der Jahrtausendwende legte die Dortmunder Verwaltungsspitze eine breite Kampagne unter dem Titel „Infrastrukturrevision“ auf. Mit Verweis auf den demographischen Wandel, die alternde Gesellschaft und rückläufige Schülerzahlen wollte man „überflüssige“ Gemeinbedarfs-einrichtungen abbauen. Allerdings stellte sich das Einsparpotential viel geringer heraus als erwartet.

4.2 Folglich startete der OB ein neues, noch breiteres „Modernisierungsprojekt“ zur Rationalisierung der gesamten Verwaltung, das er „Verwaltung 2020“ nennt. Dabei steht das Sparziel erklärtermaßen ganz oben an. Minus 12,5 % Personalkosten binnen fünf Jahren verlangt der OB.

4.3 Das umfassendste und rabiateste Sparprogramm hat die Landesregierung den Kommunen mit dem „Neuen Kommunalen Finanzmanagement“ (NKF) in die Hand gegeben. Es richtet nicht nur das gesamte kommunale Rechnungswesen strikt auf betriebswirtschaftliche Rationalität aus, sondern verlagert die Budgetverantwortung auf die Dezernate, Amts- und Abteilungsleiter. So wird es erleichtert, der gesamten Verwaltung pauschale Einsparziele von oben zu diktieren und den nachgeordneten Ebenen zu überlassen, wie sie die Sparvorgaben erfüllen.

Unmittelbar nach dem Einzug des NKF in Dortmund verhängte die Kämmerin eine zehnprozentige Ausgabensperre quer über alle Dezernate und wiederholte sie auch im nächsten (Doppel-)Haushalt.

Den alten kameralen Haushaltsplan konnten nur geschulte Politprofis lesen, insofern war selbstverständlich auch er Herrschaftssprache. – Den neuen „Produkthaushalt“ soll auch der Rat nicht mehr durchschauen können.

## 5. Spekulationsgeschäfte der Stadt und ihrer Tochterunternehmen

Man glaubt es kaum. Die Stadtkämmerer werden auch selbst mehr und mehr zu Börsenzockern. Mit Abgaben und Gebühren können die Städte – in Grenzen, aber zunehmend – Überschüsse erwirtschaften und mit ihnen am Finanzmarkt spekulieren.

5.1 Etwa ein Sechstel aller Einnahmen der Dortmunder Stadtkasse sind „Leistungsentgelte“, also Warenpreise in Form von Gebühren und Abgaben. Mit steigender Tendenz (2006: 266 Mio € - 2009 geplant: 296 Mio €), dennoch ist das nicht allzu viel im Vergleich mit den Umsätzen der Eigenbetriebe und Tochterunternehmen der Stadt. Allein die Dortmunder Energie- und Wasserversorgung (DEW21 GmbH) wies 2007 Umsatzerlöse von knapp 800 Mio € aus, alle städtischen



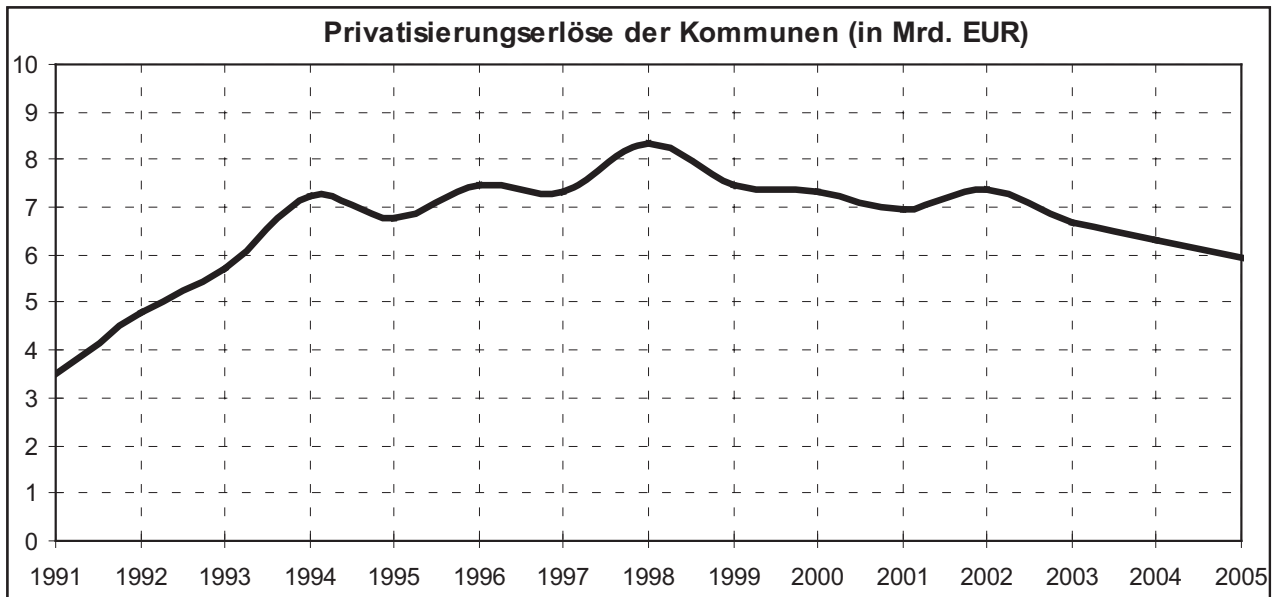


Abb. 12

Beteiligungsunternehmen zusammen etwa 3,6 Mrd. €. Da ein Teil der Erlöse vor ihrer Verwendung für kurze oder längere Zeit auf Bankkonten geparkt wird, liegt der Gedanke nahe, mit ihnen kurzfristige Termingeschäfte zu machen wie die EDG bei Lehman's Brothers.

Ein beliebter – legaler – Trick, die Gebührenzahler zu schröpfen, sind sogenannte „kalkulatorische Zinsen“ auf das Anlagekapital. Bei städteigenen Anlagen ist das natürlich eine rein fiktive Größe, basierend auf dem ideologischen Postulat, dass ein Gemeinwe-

sen nach denselben betriebswirtschaftlichen Mechanismen zu funktionieren habe wie jede kapitalistische, auf Gewinnerzielung gerichtete Investition. Diese Fiktion kommt die Bürger teuer zu stehen: Für ihre Kanalisation stellt die Stadt Dortmund gegenwärtig einen kalkulatorischen Zins von 6,85% in die Gebührenrechnung – und das zu Zeiten, da sie selbst auf ihre Kapitalmarktschulden durchschnittlich 4,5% zahlt. Die Differenz macht einen Zinsgewinn von 10,7 Mio €, die sie den Gebührenzahlern über den Kapitalmarktzins hinaus abknöpft, das sind 10 Prozent der Ge-



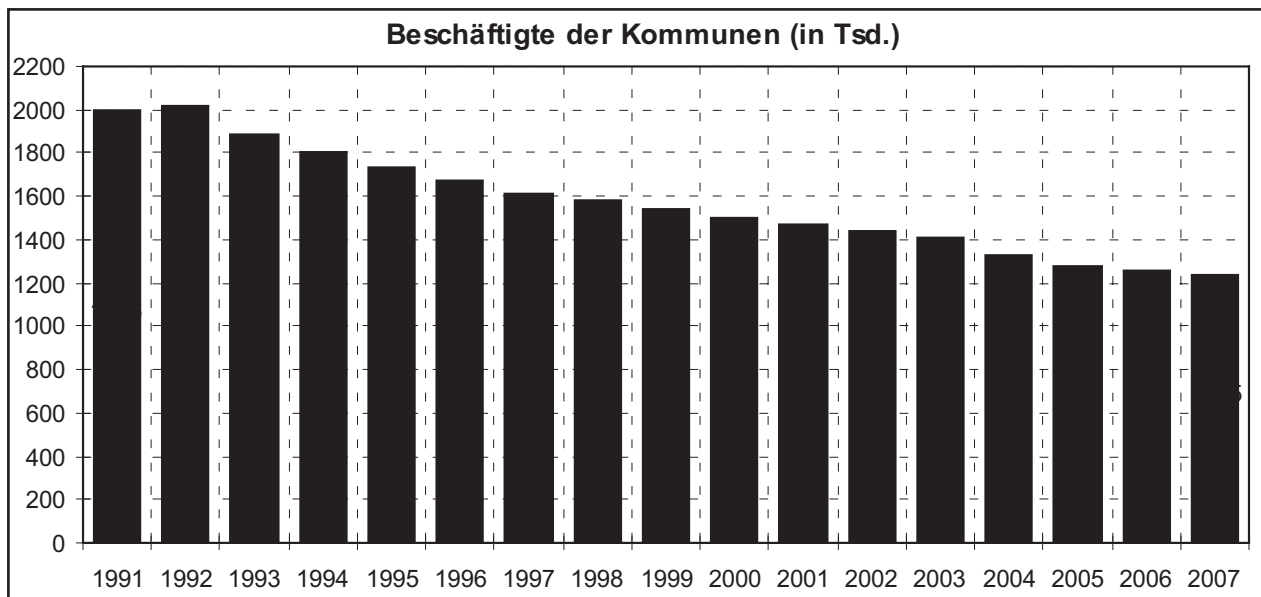


Abb. 13

samtkosten der ganzen Stadtentwässerung. Wenn man die Spekulation mit der kalkulatorischen Eigenkapitalverzinsung nicht erfunden hätte, wären die Dortmunder Abwassergebühren sofort um ein Drittel niedriger.

## 5.2 Spekulationsgeschäfte mit Zinsderivaten.

Um die Zinslast ihres Schuldenbergs etwas zu mindern – oder um die Überschuldung etwas hinaus zu zögern – greifen immer mehr Gemeindenkämmerer zu sogenannten „innovativen Finanzprodukten“ wie Zinsderivaten. Das sind spekulative Wetten auf die zukünftige Zinsentwicklung. Derivate heißen sie, weil sie sich jeweils auf einen zugrunde liegenden Kredit beziehen, dessen feste Verzinsung über die gesamte Laufzeit durch Nebengeschäfte „zwischenfinanziert“, an die kurzfristige Zinsentwicklung angepasst wird, oft mit anderen Akteuren als dem ursprünglichen Kreditgeber. Dabei spekuliert man auf eine bestimmte Zinsentwicklung auf den Finanzmärkten. Sieht man sie richtig voraus, gewinnt man einen Zinsvorteil – wenn der Markt sich unvorhergesehen entwickelt, kann man viel Geld verlieren.

Man sollte es nicht glauben, dass beamtete Kassenverwalter sich mit dem Geld ihrer Bürger an solchen Glücksspielen beteiligen, aber schon jeder dritte deutsche Stadtkämmerer ist so verzweifelt – und so bedenkenlos, sich darauf einzulassen.

Wenn allein die Stadt Dortmund mit einem Schuldenstand von 1,5 Mrd. € auf dem Geldmarkt jährlich 15 Mrd € hin und her bewegt, kommen wir einem Geheimnis der so unvorstellbar riesigen Spekulationsblase auf die Spur. Um ihren Jahreshaushalt (1,6 Mrd €) in Investitionen und Dienstleistungen für die Bürger, in Personal- und Sachkosten umzusetzen, muss die Stadt eine Summe von 750 Mio € (die zulässigen 50 % der Gesamtverschuldung) auf dem Kapitalmarkt beinahe täglich hierhin und dorthin werfen, immer auf der Jagd nach kurzfristigen Zinsvorteilen. So funktioniert heute ein Kommunalhaushalt nur noch, indem er die Spekulationsblase aufbläht.

So erklärt sich, wie die Finanzmärkte in weniger als zwei Jahrzehnten sich scheinbar vollständig von der realen Wertschöpfung abgekoppelt haben. Aber plötzlich, in der gegenwärtigen Krise, stellt sich der Zusammenhang brutal wieder her durch ganz reale Spekulationsverluste. Im Beispiel Dortmund: Seit dem Einstieg in die Spekulation mit Zinsderivaten erzielte die Kämmerei jährlich einen Zinsvorteil von einer, zwei Millionen €, aber dann, 2007, mit einer einzigen Fehlspekulation machte sie 6,2 Mio € Miese. Andere Städte wie Hagen, Remscheid, Neuß, Mülheim, Flensburg verspekulierten sich noch schlimmer.

Gut möglich, dass in der akuten Krise der Finanzmärkte die Spekulation mit kommunalen Schulden vorübergehend zum Erliegen kommt – dass sie aber eine der Ursachen der Krise bildet, ist

den Herrschenden nicht bewusst, daher besteht wenig Hoffnung, aus Fehlern nachhaltig zu lernen.

Die radikale Kehrtwende der Kommunalpolitik drückt sich in Zahlen aus. Die Gemeindeeinnahmen blieben im Verhältnis zur Wirtschaftsleistung insgesamt in den letzten zehn Jahren nahezu konstant (2,8 % des BIP im Jahr 1998 – 3,0 % in 2007). Jedoch gingen die kommunalen Investitionen von 24,7 Mrd € (1998) auf 18,2 Mrd

(2007, preisbereinigt) zurück, ihr Anteil an der Gesamtwirtschaft sank von 5,8 % auf 4,5 %. Die Beschäftigung in Gemeindeverwaltungen und -betrieben schrumpft andauernd, seit 1991 von rund 2 Millionen Stellen auf 1,235 Millionen (2007) oder von 100 auf 62 % (Abb.10-13)

Dies sind Indikatoren für die rückläufige Bedeutung der Kommunen für die Volkswirtschaft. Dabei spiegelt der Bezug auf Daten des Binnenmarktes die dramatische Verschärfung des Widerspruchs zwischen dem Kaputtsparen der sozialen Versorgungsfunktion der Stadt und der Überproduktion privaten Reichtums nur unzureichend wider. Denn von den ungeheuren Geldströmen der Spekulation kehrt kaum ein verschwindend geringer Bruchteil auf den Binnenmarkt zurück.

Das Fazit aus diesem Kapitel ist eindeutig. Alle vorgenannten Instrumente neoliberaler Stadtpolitik dienen unbestreitbar der Anhäufung von immer mehr privatem Kapital auf Kosten der Allgemeinheit. So verschärfen die Kommunen die Krise der Finanzmärkte. Und diese schlägt zurück auf die Realwirtschaft – damit auf die Kommunen selbst: Jede Milliarde, die jetzt den Banken hinterher geworfen wird, fehlt den Städten und ihren Bewohnern zum Leben.



## Nicht zuschauen

Ein Schutzschirm hat die Regierung aufgespannt. Über wem? Nein, nicht über den Opfern der Raffkes, sondern über den Raffkes selbst. Mit 500 Mrd €, mehr als ein kompletter Haushalt des Bundes, werden die Banken für ihre katastrophalen Fehlspekulationen getrostet.

Hartz V für notleidende Milliardäre.

So wenig wie Hartz I bis IV ändert der Schutzschirm das geringste an den Krisenursachen. Gar nicht zu reden von der Vermeidung künftiger Krisen. Vermeidbar sind sie eh' nicht im Kapitalismus. Um wenigstens ihre Ausmaße und Folgen zu begrenzen, müsste die Regierung regieren: Die Finanzschiebereien einschränken, die Finanzmärkte re-regulieren. Doch darin erweist sich die deutsche Regierung auch in der EU wieder einmal als der konsequenteste Vertreter der Raffkes. Die Länderregierungen müssten wenigstens den Kommunen das Spekulieren verbieten. Und ihnen stattdessen mehr Mittel zuweisen.

Aber auch vor Ort müssen wir nicht hilflos zuschauen, wie die Gier der Reichen unsere Städte ruiniert. Wir können einiges tun, um sie daran zu hindern. Wenn die Finanzmittel, die aus den Kommunen auf die Konten der Reichen umverteilt werden, von diesen zum Teil verjuxt und verprasst, überwiegend aber in Finanzspekulationen und hybriden Wetten verzockt werden, lohnt sich für jeden Stadtbewohner die Frage nach realistischen Alternativen zur Zerstörung unserer sozialen Basis, und wie sie durchsetzbar wären.

Soforthilfe besteht darin, die reale Kaufkraft der Stadtbewohner/-innen zu erhöhen und auf dieser Grundlage die kommunale Wirtschaftstätigkeit wieder zu erweitern. Im einzelnen dient dieser Alternativstrategie jede Maßnahme, die den Umverteilungskurs, also den Sparkurs der Kommunen, die Privatisierung öffentlichen Vermögens wirksam verhindert.

Die Soforthilfe müsste wesentlich aus folgenden Maßnahmenbündeln bestehen:

- Öffentliches Eigentum verteidigen, stärken und ausbauen, Rekommunalisierung privatisierter Einrichtungen der kommunalen Daseinsvorsorge
- Unentgeltliche Nutzung der öffentlichen Infrastrukturen für Bürger und Bürgerinnen mit geringen Einkommen
- Kommunales Beschäftigungsprogramm
- Kommunales Investitionsprogramm
- Kriterienkatalog für Vergabe- und Wirtschaftsförderungsbedingungen: Tariftreue und Mindestlöhne für alle öffentlich finanzierten Arbeiten
- Personalabbau und prekäre Jobs in Ämtern und städtischen Betrieben beenden, Arbeitszeitverkürzung
- Erhöhung des Gewerbesteuerhebesatzes
- Schuldenmoratorium und Entschuldungsprogramm

Dazu einige Erläuterungen.

### • Öffentliches Eigentum verteidigen, stärken und ausbauen, Rekommunalisierung privatisierter Einrichtungen der kommunalen Daseinsvorsorge

Das grundlegende Funktionsprinzip eines Gemeinwesens ist dem „Wettbewerbsstaat“ genau entgegengesetzt. Im Gegensatz zur Marktwirtschaft produziert die Gemeinwirtschaft nicht ins Blaue einer unbekannten Nachfrage hinein – mit den bekannten Mängeln: Überproduktionskrisen und künstlichen Nachfragereizen – sondern zur Deckung eines festgestellten Bedarfs, der im wesentlichen Eigenbedarf der gemeinschaftlich arbeitenden Menschen ist. Die wichtigsten Aufgaben öffentlicher Daseinsvorsorge müssen unbedingt gemeinwirtschaftlich bleiben bzw. wieder in öffentliches Eigentum rückübertragen werden. Dazu gehört die Trinkwasserversorgung, Energie- und Abfallwirtschaft, der ÖPNV, Gesundheitsversorgung.

Tatsächlich bietet das öffentliche Eigentum grundlegende Vorteile für die Bürger und den Stadthaushalt. Zum einen können erwirtschaftete Gewinne zur Quersubventionierung defizitärer Einrichtungen dienen. Zum anderen können gemeinwirtschaftliche Unternehmen bewußt auf Gewinne verzichten und die Differenz zu den Marktpreisen nutzen, um eine Vorreiterrolle bei der Einkommenshöhe, der Sicherung von Arbeits- und Ausbildungsplätzen, humanerer Gestaltung von Arbeitsbedingungen usw. zu übernehmen, also politisch gewollt gegen die Gewinnmaximierung der Privaten zu agieren. Öffentliche Unternehmen können Gewinne auch dazu verwenden, durch Preissubventionen für einkommensarme Schichten den Markt, die Konkurrenz, soziale Spaltungen teilweise außer Kraft zu setzen. Oder sie können ihre Überschüsse vollständig re-investieren, um neue Arbeitsplätze zu schaffen, einen 2. Arbeitsmarkt aufzubauen usw. Das alles sind Nutzeffekte im Sinne des Gemeinwohls, die mit der Privatisierung sofort unmöglich werden.

Darüber hinaus könnte die Stadt selbstbewußter und flexibler auf Standortverlagerungen, Betriebsschließungen, Massenentlassungen reagieren, wenn die Übernahme von Betrieben, Gründung von Auffanggesellschaften, Beschäftigungs- und Qualifizierungsbetrieben usw. zu den selbstverständlichen Handlungsoptionen der Kommune gehören. Die Folge wäre auch, je breiter und lebensfähiger der „informelle Sektor“, umso mehr kann die Stadt ihre gesamte Wirtschaftsförderung umbauen und Fördermittel umlenken: weg von der Subventionierung von „Leuchtturm“-Projekten in wenigen privilegierten, ohnehin hoch lukrativen Weltmarktindustrien – hin zur Breitenförderung lokaler und regionaler Wirtschaftskreisläufe.

Denn das riesige im „Strukturwandel“ brachgefallene Leistungspotential wird nicht primär über Hitech-Industrien für den Export und dazugehörige unternehmensnahe Dienstleistungen zu erschließen sein, sondern über lokale und regionale Wirtschaftskreisläufe.

Diese können auch nicht ausschließlich in den gängigen kapitalistischen Unternehmensformen organisiert werden, sondern der Vielfalt einer gebrauchswert-orientierten Wirtschaft entsprechen vielfältige Eigentums- und Rechtsformen.

Sie ersetzen nicht den kapitalistisch organisierten Sektor, sondern in einer auf Teilhabe aller, auf gemeinsamen Nutzen, sinnvolle Selbstverwirklichung und Selbstbestimmung gerichteten Stadtgesellschaft müssen Formen des selbstverwalteten Gemeineigentums, z.B. in Genossenschaften, mit Vorrang gefördert werden. Die Betriebsformen müssen volle demokratische Kontrolle durch den Rat und durch die Bürger selbst gewährleisten.

Die Sparkasse ist als Anstalt öffentlichen Rechts zu erhalten und hat weiterhin vorrangig mittelständische und kleine Unternehmen zu finanzieren.

### **• Unentgeltliche Nutzung der öffentlichen Infrastrukturen für Bürger und Bürgerinnen mit geringen Einkommen**

Seit die Armut in Deutschland neue – oder vielmehr wieder ganz alte – Ausmaße annimmt, gewinnen Forderungen nach Sozialtickets im öffentlichen Nahverkehr an Boden. Seit die Energiepreise explodieren, rücken Sozialtarife für Strom und Gas ins öffentliche Blickfeld. Die Linken im Rat von Dortmund meinen: Ein menschenwürdiges Leben darf nicht am Mangel an Kaufkraft scheitern. Deshalb sollten grundsätzlich alle Güter und Dienstleistungen der öffentlichen Daseinsvorsorge, die existenzielle Grundbedürfnisse aller Bürger/-innen befriedigen, allen unentgeltlich zur Verfügung stehen. Dazu gehören heute:

Nahrung und Kleidung, sauberes Wasser, Energie zum Heizen, Kühlen, Kochen und Beleuchtung, Wohnen, Gesundheit, Bildung, Mobilität und kulturelle Teilhabe.

Schon in Vergangenheit und Gegenwart konnten und können bedürftige Menschen lebensnotwendige Güter teils ermäßigt (Sozialtarife), teils unentgeltlich (Nulltarif) nutzen. Sozialtarife als Sondertarife für „Arme“ stigmatisieren jedoch und sind daher nur als Sofortmaßnahme zur Linderung der größten Not akzeptabel. Zu einer solidarischen Zukunft, in der „unsere Welt keine Ware“ mehr sein soll, gehört der Übergang von Sozialtarifen zu einer Grundversorgung aller zum Nulltarif.

Zur Finanzierung der Herstellungs- und Verteilungskosten der existenzsichernden Güter des Grundbedarfs soll die Kommune mit höheren

Gewerbe- und Grundsteuern, zweckgebundenen Umlagen sowie einer progressiven Preis- und Gebührenstaffelung oberhalb der unentgeltlichen bzw. ermäßigten Kontingente beitragen.

#### • **Kommunales Beschäftigungsprogramm**

Der wirksamste Weg aus Armut und Ausgrenzung ist, den Menschen Wege in sinnvolle Tätigkeiten ohne Zwang zu öffnen, von denen sie menschenwürdig leben können. Solche Art Vollbeschäftigung ist vom globalisierten 1. Arbeitsmarkt nicht mehr zu erwarten. Die Hartz-Gesetze sind dafür erst recht nicht geeignet. Der Ausweg liegt – neben dem Ausbau des öffentlichen Dienstes – in einem Sektor öffentlich geförderter sinnvoller, gemeinnütziger Beschäftigung. Während am gewinnorientierten Markt öffentliche Subventionen die Unternehmensgewinne steigern, ohne Marktschwankungen und Rationalisierungsdruck außer Kraft zu setzen, d.h. ohne dauerhaft Arbeitsplätze zu sichern, können gemeinnützige Tätigkeiten mit öffentlichen Mitteln nachhaltig gesichert werden. Gerade die Stadt kann die Menschen durch vielerlei Förderung ermutigen, unterstützen und qualifizieren, sich selbst gesellschaftlich nützlich zu betätigen.

Überall auf der Erde schließen sich Menschen, die aus der kapitalistischen Ökonomie herausgefallen sind oder sich ihr bewußt entziehen, zu Gemeinschaften ganz unterschiedlicher Strukturen, Verfassungen und Größen zusammen, um ihre Lebensgrundlagen gemeinsam und solidarisch zu produzieren. 80 Prozent der Menschheit leben und arbeiten neben dem und außerhalb des „globalisierten“ Kapitalismus.

Auch mitten in der angeblich globalen, angeblich unipolaren Welt des Kapitalismus, auch in dessen Kernländern gibt es eine Gegenwelt, die zu stärken nicht nur möglich und notwendig, sondern emanzipatorisch sinnvoll ist: In der Selbsthilfeökonomie ist die Arbeitskraft keine Ware, sondern Mittel der Bedürfnisbefriedigung und Subjekt der Produktion. Damit konstituiert sie schon heute, unter den Augen der „allmächtigen“ Beherrscher der Welt eine Wirtschaftsweise, welche die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen aufhebt. Ökonomisch entsteht Selbsthilfe aus der absoluten Not, als Subsistenzwirtschaft ist sie die Antwort auf das Abschneiden der Menschen von ökonomischen Mitteln. Als politisches Konzept lebt, steht und fällt sie mit der Selbsttätigkeit der Menschen.



Die ökonomische Dimension solidarisch organisierter Arbeit mag in hoch entwickelten Ländern gering erscheinen – im Einzelfall wird sie durchaus zur Überlebensfrage – gering ist aber nur ihr Marktwert, nicht die aufgewandte Zeit und Arbeitskraft. Gemessen am Arbeitsvolumen ist der Sektor der Eigen- und Familienarbeit hierzulande etwa gleich groß wie der gewerbliche Sektor.

Auch in Dortmund dürfte von 30.000 Ehrenamtlichen in Vereinen und Verbänden, 11.000 Kleingärtnerinnen und mehr als 100.000 Einkommensarmen ein erhebliches Maß an Arbeit in diesem Wirtschaftssektor stecken.

Aktuell 38.000 Arbeitslose, 50.000 vorzeitig aus dem Arbeitsleben Ausgeschiedene, 30.000 Ehrenamtlich-Tätige weisen uns darauf hin, daß diese Stadt sich ein erheblich besseres Leben leisten könnte, wenn es gelingt, die Leistungsbereitschaft und Leistungsfähigkeit aller Bürger zu mobilisieren. Mindestens 100.000 Menschen (ein Fünftel der erwachsenen Dortmunder Bevölkerung), die gut und gerne etwas leisten könnten, wenn sie entsprechende Mittel und politische Rahmenbedingungen vorfänden. Dazu ist der privatkapitalistische Markt offenbar unfähig. Also muß die Stadtverwaltung mit den Zigtausenden „Ausgesteuerten“ zusammen den nicht-kommerziellen Sektor organisieren, einen Wirtschaftssektor, der ausdrücklich nicht vom Konkurrenzkampf um Profitraten und Marktanteile beherrscht wird, sondern gemeinwirtschaftlich, öffentlich-rechtlich strukturiert werden sollte. Arbeitsgebiete, die tendenziell aus dem Markt herausfallen und heute schon ansatzweise nicht-kapitalistisch organisiert werden:

- Soziale Dienste
- Kranken-, Alten- und Kinderbetreuung
- Gebrauchtwarentauschbörsen,
- Nicht-professionelle Nachbarschaftshilfe, Arbeitstauschringe
- Instandhaltung und Reparatur langlebiger Gebrauchsgüter (Wohnungen, Hausrat, Fahrzeuge u.ä.)
- Gartenarbeit
- Wohnumfeldverbesserung
- Dezentrale ökologische Energieversorgung und Abfallentsorgung
- Wertstoff-Recycling
- Energieeinsparung
- Umweltschutz

- Rekultivierung von Industriebrachen (für Rechnung der Verursacher!), Sanierung und Umnutzung leerstehender Bauten
- Katastrophenschutz
- Erwachsenenbildung, Forschung
- Kulturelle Tätigkeit (Geschichte, Kunst, Musik, Sport u.a.)

### • **Kommunales Investitionsprogramm**

Unter der geistigen Vorherrschaft des Großkapitals haben wir uns angewöhnt, Innovation mit gigantischen Bauwerken und milliardenschwerer Hochtechnologie gleichzusetzen. Das verstellt uns den Blick auf alles, was Menschen mit relativ bescheidenen Mitteln „aus dem Boden stampfen“ können. Die eigentliche, heute nötige und sofort mögliche Innovation besteht darin, der Politik „Beine“ zu machen: daß sie den Menschen die Bedingungen schafft und die Mittel in die Hand gibt, die ihre Schöpferkraft zur Entfaltung braucht. Nichts gegen Hitech, aber drei, vier hochspezialisierte, hochproduktive und infolgedessen beschäftigungsarme Hitech-„Cluster“ können die Strukturprobleme einer alten Industrieregion nicht lösen, von Ressourcenschonung nicht zur reden.

Hartz und Dortmunds Wirtschaftsförderer bleiben in der kapitalistischen Ideologie unternehmerischen Handelns gefangen, wenn sie vom Markt her in „Geschäftsideen“ denken und nicht aus der Arbeit heraus in Innovationen. Vom Markt her glauben sie, man müßte die Leute nur als selbständige „Existenzgründer“ gegeneinander hetzen, schon würden sie auf gute Ideen kommen. Aus der Arbeit heraus stellte man fest: Nicht das destruktive Prinzip der Konkurrenz, sondern das konstruktive des Miteinander-Lernens und der Arbeitsteilung in solidarischer Kooperation schaffen die günstigsten Bedingungen für gute Ideen.

Öffentliche Investitionen sollen und müssen daher nicht in Konkurrenz zu vorhandenen privaten Anbietern treten, sondern zunächst die öffentliche Daseinsvorsorge auf allen Gebieten sichern, wo der Markt das nicht gewährleistet. Gemeinwirtschaft nimmt ihren Ausgang bei der Versorgung mit lebenswichtigen Gütern – Konsum- und Einkaufsgenossenschaften, Wohnungsgenossenschaften, Tauschbörsen, Kleider- und Möbelbasare usw. – Im zweiten Schritt folgen

speziell der Bedarfsdeckung dienende Produktionsbetriebe: Baugenossenschaften, Textilbetriebe, Bäckereien, landwirtschaftliche Erzeuger, heute auch Energiegenossenschaften, Wartungs- und Recyclingwerkstätten usw. Das eingesetzte Kapital ist im wesentlichen die Arbeitskraft und Zeit der Menschen. Was sie darüber hinaus an Startkapital benötigen, müssen der Staat, öffentlich-rechtliche Kreditanstalten, Stiftungen, Sponser und eben auch die Kommune vorschießen. Eine besonders wichtige Rolle kann und muß die Stadt wieder in der Wohnungswirtschaft übernehmen. Nach Erfahrungen in ostdeutschen Kommunen muß die öffentliche Hand mindestens 15 bis 25% des Wohnungsbestandes bzw. der Bautätigkeit direkt im Eigenbetrieb übernehmen, damit die Wohnungsversorgung sozial ausgewogen bleibt.

Die enge Zusammenarbeit mit Hochschulen und Weiterbildungseinrichtungen ist gut, aber die Qualifizierungsoffensive muß auf eine breitere Basis der Volksbildung gestellt werden. Dazu gehört, daß die Stadt Verantwortung übernimmt, damit jeder Dortmunder Jugendliche eine Aus-

bildung nach seinen Fähigkeiten und Neigungen erhält.

- **Kriterienkatalog für Vergabe- und Wirtschaftsförderungsbedingungen: Tariftreue und Mindestlöhne für alle öffentlich finanzierten Arbeiten**

Zuwendungen und geldwerte Leistungen der Wirtschaftsförderung an private Unternehmen sind an verpflichtende Arbeitsplatzzusagen, an vertragliche Vereinbarungen zur Sicherheit der Arbeitsplätze und zur Schaffung von Ausbildungsplätzen zu binden und bei Nichteinhaltung zurück zu fordern. Sobald ein gefördertes Unternehmen vereinbarte Auflagen nicht einhält, sollten die Fördermittel direkt in kommunale Unternehmensbeteiligungen umgewandelt werden. Wenn man das nur will, ist es durchaus möglich, öffentliche Aufträge nur an Unternehmen zu vergeben, die sich zur Einhaltung von Tarifverträgen und sozialer Kriterien verpflichten. Die Stadt hat darauf hinzuwirken, daß die bestehenden Spielräume hierfür vom Staat (Bund, Land, EU) und den Gerichten nicht noch mehr eingeengt,



sondern ausgeweitet werden.

Für jeden vernichteten oder in prekäre Jobs umgewandelten Arbeitsplatz soll die Stadt vom jeweiligen Betrieb eine Schadensausgleichsabgabe in Abhängigkeit von der durch den Personalabbau erzielten Ergebnisverbesserung verlangen. Bei Verlagerung kommunal geförderter Betriebe fällt das örtliche Immobilienvermögen als Entschädigung an die Stadt. Kosten für Altlastenentsorgung trägt in jedem Fall der Alteigentümer. Wir setzen uns für einen gesetzlichen Mindestlohn ein, der Armutslöhne unterhalb der von UNO und EU definierten Armutsgrenze ausschließt und fordern ihn schon vorab als Bedingung bei der Vergabe öffentlicher Aufträge.

- **Personalabbau und prekäre Jobs in Ämtern und städtischen Betrieben beenden, Arbeitszeitverkürzung**

Solange die Unternehmer für die von ihnen verursachte andauernde Massenerwerbslosigkeit nicht in Haftung genommen werden, fällt der Gemeinschaft selbst, der öffentlichen Hand eine Schlüsselrolle beim Erhalt und der Schaffung existenzsichernder Beschäftigung zu. Vor allem die Kommunen müssen hier mit gutem Beispiel vorangehen. Die Kommune ist zusammen mit ihren Tochter- und Beteiligungsunternehmen bei weitem der größte lokale Arbeitgeber. Entsprechend besonders hoch ist ihre Verantwortung für das Beschäftigungsniveau am Ort. Doch in Wirklichkeit ist die Ideologie des „schlanken Staates“, mit dem Austrocknen der Gemeindefinanzen und unablässigem Sparen an öffentlichen Dienstleistungen eine der Hauptursachen der Arbeitslosigkeit. Linke befürworten eine effektive, sparsame Verwaltung. Aber kommunale Rationalisierungsprojekte dürfen nicht noch mehr Arbeitslosigkeit erzeugen. Nicht zuletzt deshalb sind gemeinwirtschaftliche Betriebe in kommunaler Hand breit auszubauen.

Erzwungene Arbeit, als „1-€-Jobs“ oder in welcher Form auch immer, weisen wir zurück. 1-€-Jobs sind in sozialversicherte, tarifgeregelte Beschäftigung umzuwandeln. Kommunale und gemeinnützige Träger sind für die Schaffung qualifizierter, sozialversicherungspflichtiger Arbeitsplätze vorrangig zu fördern. Der Personalabbau in städtischen Verwaltungen und Beteiligungsunternehmen ist sofort zu stoppen. Rationalisierungsprojekte wie „Verwal-

tung 2020“ lehnen wir als gemeinwohlschädlich ab und unterstützen die Beschäftigten in ihrem Widerstand dagegen.

Die Arbeitszeit in der Stadtverwaltung und in städtischen Beteiligungsunternehmen ist bei qualifiziertem Lohnausgleich zu verkürzen.

Bei der Stadt und ihren Beteiligungsunternehmen ist eine Ausbildungsquote von 10 Prozent herzustellen. Bis eine bundesweit verbindliche Umlageregelung geschaffen ist, muß die Stadt über das kommunale Steuerschöpfungsrecht die erforderlichen Mittel bei ausbildungsunwilligen Unternehmen erheben, damit alle Dortmunder Jugendlichen eine den individuellen Fähigkeiten entsprechende qualifizierte Ausbildung erhalten.

- **Erhöhung des Gewerbesteuerhebesatzes**

Eine Stadt darf sich nur in dem Maß „soziale Stadt“ nennen (wie OB Langemeyers „Aktionsplan Soziale Stadt“ es reklamiert), wie die finanzstarken Teile der Bürgerschaft für die sozialen Kosten aufkommen. Eine soziale Stadt muss deshalb den Dumpingwettbewerb bei der Gewerbesteuer durchbrechen. Wenn Dortmund den Hebesatz wenigstens mal auf den Durchschnitt der Großstädte an Rhein und Ruhr anheben würde, hätten wir sofort ca. 6 Millionen Euro für die soziale Stadtentwicklung gewonnen.

- **Schuldenmoratorium und Entschuldungsprogramm**

Die Abwärtsspirale von Zinsen – neuen Schulden – noch höheren Zinsen – noch mehr Schulden... kann kein noch so rabiales Kürzungs- und Sparregime stoppen. Es gibt nur einen Ausweg:

- Sofortiges Aussetzen der Schuldendienste an die Banken als erster Schritt zu einem Zinsmoratorium und einem schrittweisen Schuldenerlaß.
- Zu fordern ist darüber hinaus ein eigenes Insolvenzrecht der Kommunen, das sie wie jeden überschuldeten Privathaushalt vor untragbaren Lasten schützt.

So radikal diese Forderungen erscheinen, so radikal sind heute schon die Kirchen, z.B. mit ihrer Kampagne zum „Erlaßjahr 2000“ zugunsten überschuldeter Staaten der Dritten Welt. Was im Fall notleidender Länder recht ist, sollte für unsere notleidenden Städte billig sein.

**D**arf unsere Kritik an der Umverteilung von unten nach oben soweit gehen zu behaupten?

## Wer das bezahlen soll? Die Räuber

ten, unser Land sei unter die Räuber gefallen? Klingt das nicht wieder nach altbekannten linksradikalen Haßgesängen, die keiner sachlichen Prüfung standhalten?

Privatum, lateinisch: Das Geraubte, die Beute, ach ja. – Uns interessiert hier weder die Moral noch das Strafrecht. Uns geht es hier um die Frage: Wo ist das Geld geblieben, wenn in einem so reichen Land die Armut dramatisch anschwillt und für Gemeinschaftseinrichtungen nichts mehr da ist? Das Geld steckt in der Spekulationsblase, sagt man uns, und die sei eben geplatzt. Aber diese Auskunft befriedigt weder die Logik noch die Erfahrung. Der Inhalt einer geplatzten Blase verschwindet ja nicht einfach. Auch Geld verschwindet nicht einfach. Noch in seiner abstraktesten, fiktivsten Form als „innovatives Finanzprodukt“ behält es einen realen Bezug zu Sachwerten, Arbeitsprodukten.

Daraus folgt: Was den einen abhanden kommt, müssen andere sich aneignen. Das ist nicht nur im wirklichen Leben so, sondern auch an der Börse. Was die einen ärmer macht, muss andere reicher machen. Was der Gemeinschaft gehört, weil sie es gemeinsam erarbeitet hat, das muss sie sich von den Privatisierern öffentlichen Eigen-

tums zurück holen.

Aber wo und wie? Sind die kleinen Geschäftsleute, die ihre monatlichen Überschüsse zur Sparkasse tragen und damit ein bißchen spekulieren, sich vom gesellschaftlichen Kuchen ein paar private Scheiben abschneiden, sind das die Räuber? Auf den sogenannten Mittelstand trifft noch am ehesten das idyllische Bild zu, in dem Sparkassen, Volks- und Raiffeisenbanken und andere „Kapitalsammelstellen“ die Spargroschen der kleinen Leute wieder an ihresgleichen als Darlehen zurück reichen, wo sie die produktive Arbeit anregen wie Hefe den Kuchenteig. – Doch diese nützliche Funktion bildet ja schon lange nicht mehr das eigentliche Geschäft der Banken und anderen „institutionellen Anleger“.

Sind dann die kommunalen Entscheidungsträger die Räuberhauptmänner, die uns die Beute wieder herausgeben müssten (und die Frau Kämmerin eine Räuberbraut)? Die Frage ist schon schwieriger zu beantworten. Denn sie handeln willentlich und wissentlich und scheuen nicht ohne Grund bei vielen ihrer Transaktionen das Licht der Öffentlichkeit. Und wenn der Oberbürgermeister von Dortmund ein Monatsgehalt von ca. 11.000 € einschiebt – und zusätzlich eine



---

noch größere Summe aus allerlei „Nebenjobs“ in Aufsichtsräten usw. – dann gehört er schon auch zu den Abzockern, die sich privat am Gemeineigentum bereichern. (Die Pariser Commune stellte mal das Prinzip auf, dass jeder Staatsdiener nicht mehr erhalten soll als Facharbeiterlohn!)

Auch hier interessieren uns die Straffreiheit ihrer Kungeleien und die Leistungsgerechtigkeit ihrer Haupt- und Nebenbezüge nur beiläufig. Gewiss würde ohne ihre aktive Mittäterschaft die Umverteilungsmaschine nicht so laufen wie sie läuft. Ihnen in den Arm zu fallen oder wenigstens die Schminke der bürgerlichen Rechtschaffenheit und des neutralen Sachzwangs von der Backe zu putzen, dürfte schon etwas am politischen Klima im Land ändern.

Doch gerade an der Komplizenschaft der öffentlichen Verwaltungsspitzen mit den großen globalen Räubern lässt sich etwas wesentliches zeigen: Verstaatlichung der Banken, so berechtigt sie jetzt landauf landab gefordert wird, stellt allein noch nicht die Lösung dar, sondern nur eine – unabdingbar notwendige – Voraussetzung der Lösung. Sparkassen sind Anstalten des öffentlichen Rechts in öffentlichem Eigentum (noch). Das hindert sie nicht, im Weltcasino mitzuzocken. Und wenn sogar Kommunalbeamte zu Glücksspielern werden, kann die Lösung nur im entschiedensten Durchsetzen des Mehrheitswillens der „Straße“ bestehen, also in der Demokratisierung des Gemeinwesens von unten her

gegen die „Oberen Zehntausend“.

Privatisierung, die Herrschaft des privaten Nutzens über das Gemeinwohl, beherrscht auch die Sprache der Kommunalpolitiker. Sie zerpflückt das selbstbestimmte Gemeinwesen in tausende wohlfeile Verwaltungs-„Produkte“, die das demokratische Subjekt, die Bürgerschaft, umgetauft in „Kunden“, bloß noch „nachfragen“ kann. Wer öffentliche Güter vermarkten will, muß sehen, daß ihr einziger Nutzen der zählt, sich in „Erlös“ verwandeln lässt. Erlösung als Vermehrung des Kapitals! Hinter der technokratischen Sprache der Betriebswirtschaft verbirgt sich eine radikale Entmachtung des Souveräns, der Bürgerschaft, durch das Kapital.

Deshalb kann es bei der Soforthilfe gegen die Krise nicht bleiben, können wir uns mit den oben aufgelisteten Sofortmaßnahmen nicht zufrieden geben. Jede aktuelle Auseinandersetzung mit einzelnen Räubereien, jeder politische Kampf um Rückerstattung eines Teils der Beute, z.B. in Gestalt eines Sozialtickets für Bedürftige im Stadtverkehr, kostenloser Mahlzeiten für Schulkinder usw. muss zugleich ein Kampf um ein Stück mehr Demokratisierung des Gemeinwesens werden. Erst auf dieser Grundlage werden heute verstaatlichte Banken morgen dem Gemeinwohl mehr nützen als schaden können.